

Interessante Aktenstücke.

Eine kriminalistische Erfahrung lehrt, daß die Uebelthäter gewöhnlich durch ihre eigene Eitelkeit der Berechtigung ins Wagnis laufen. (Gast in Nr. 14 der B.-W.)

Von Herrn Gast in Leipzig und dem Kollegen M. Golbs in Dresden gehen uns folgende „Berichtigungen“ zu (Herr Gast fordert außerdem noch die Aufnahme seiner Berichtigung an derselben Stelle und aus derselben Schrift, wo und aus der sich unsere Behauptung befand, ein Wunsch, der einen lebhaften Widerhall in unserm reinigen Herzen gefunden hat):

In Nr. 132 Ihres Blattes auf der ersten Seite, dritte Spalte unten, schreiben Sie:

... Jahrgeld für Herrn Gast nach Dresden (daß er sich in Dresden noch einmal mit 17 M. bezahlen ließ) 10 M.

Diese Behauptung ist **unwahr**. Die 10 M. für die Reise nach Dresden wurden von dem Expeditor Kollegen Schmitz verauslagt und nach ihrer Rückerstattung aus Dresden von demselben auch wieder in Empfang genommen. Kollege Schmitz hat nach seiner Angabe den Betrag auch als Einnahme verbucht. Die Auslagen wurden erst einige Wochen nach der abgehaltenen Versammlung in Dresden verwilligt und dann wie gesagt nicht in Höhe von 17 M., sondern in Höhe der verlangten 10 M. an den Unterzeichneten eingeschickt. M. Gast.

In dem Artikel „ein letztes Wort“ in Nr. 132 wird behauptet, daß Herr Gast für eine Dresdener Verammlung noch einmal 17 M. liquidiert hätte. Dies beruht auf einem kolossalen Irrtum und teilweiser Böswilligkeit. Letzterer Vorwurf trifft nicht die Redaktion, sondern deren Gewährsmänner. Für Herrn Gast sind durch mich nur 10 M. dem hiesigen Vereine berechnet worden, für dessen persönliche Auslagen (Eisenbahnfahrts). Die weiteren 7,90 M. sind für die weiteren Versammlungskosten (Druckkosten, Porto) gewesen. Obige 10 M. habe ich mit Herrn Gast noch nicht verrechnet; demnach hat sich dieser, als er die Fahrkosten von der Verbands- resp. Correspondentklasse entnahm, keinerlei Unrechlichkeit zu Schulden kommen lassen. (Haben wir nicht behauptet. D. Red.) Diese 10 M. werden nun selbstverständlich sofort von mir der hiesigen Vereinsklasse restituiert.

Dresden, 12./11. 1896. M. Golbs.

Zunächst müssen wir einen Irrtum unsererseits richtig stellen. Herr Gast hat in Dresden nicht 17 M., sondern nur 10 M. erhalten, wie nachträglich aus der betr. Liquidation ersichtlich ist.

Nun zur „Berichtigung“ des Herrn Gast. Derselbe hat, wie wir behaupteten, aus der Correspondent-Klasse 10 M. für die Reise nach Dresden entnommen und hat — man merke wohl auf — **10 M. nach ihrer Rückerstattung aus Dresden** wieder an Schmitz abgeführt. In den betr. Büchern ist von einer **Rückzahlung nichts enthalten**. Kollege Eißler hatte sich bereits früher an Herrn Schmitz gewandt und diesbezüglich folgende Antwort erhalten:

„Die Jahrgelder nach Halle und Dresden sind, soweit ich mich erinnern kann, in einer größeren Summe enthalten, die als zurückgezahlte Agitationsgelder gebucht wurden. Sollte dies nicht der Fall sein, erkläre ich mich bereit, diesen Betrag von 18 M. zu decken.“

Der Posten „zurückgezahlte Agitationsgelder“ findet sich überhaupt nicht vor. Die Bereitwilligkeit des Herrn Schmitz, die 18 M. zurückzahlen zu — wollen, läßt eher darauf schließen, daß Herr Gast tatsächlich die 10 M. abgeführt und Herr Schmitz die Summe zu Buchen — vergessen hat.

Nun behauptet Kollege Golbs, Gast habe von Dresden kein Geld erhalten, und auch diese Behauptung wird dadurch glaubwürdig, daß Golbs in aller Eile jetzt erst die 10 M. — welche bereits am 28. Juni von Steinbrück an Golbs ausbezahlt wurden — an Kollege Eißler in Berlin einsendet. Wie kommt Golbs dazu, das Geld vom 28. Juni

bis 12. November in seinen Händen zu behalten, das entweder dem Verband oder Gast gehörte?

Wie kommt nun Gast dazu, zu erklären, er habe die **von Dresden erhaltenen 10 M.** wieder an Schmitz zurückgegeben, während andererseits Golbs erklärt, Gast habe **von Dresden überhaupt kein Geld erhalten**? Und warum zahlt Golbs jetzt mit einer solch beängstigenden Schnelligkeit die 10 M. zurück, die Gast schon lange in der Tasche haben will? Merkwürdig, höchst merkwürdig!

Eine saubere Geschichte. Das von Jemandem erhaltene, aber nicht an ihn bezahlte, das von Jemandem bezahlte, aber nicht erhaltene oder gebuchte Geld schwebt trotz dreifacher Erklärungen heute noch in der Luft. Es wird interessant sein, wie die Herren Gast und Schmitz und Kollege Golbs sich aus diesem Labyrinth noch herausfinden.

Stimme aus der Provinz.

Zum Gaubium der dem Verbands fernstehenden Buchdrucker tobt gegenwärtig ein Kampf über die eingegangene „Tarifgemeinschaft“. Wenn ich meine Meinung darüber klar lege, so kann ich nicht denken, daß zwischen Kapital und Arbeit eine Brücke geschaffen werden soll, durch welche die jahrelangen trübten Erfahrungen aus der Welt geschafft sind. Ich will gern zugeben, daß es Druckerzweige gibt, die es mit der Ein- und Durchführung des neuen Tarifs eheilig meinen; diese sind aber unter denjenigen zu suchen, welche von der Plebe auf im Buchdruckgewerbe thätig und nur mit verschwindender Minderheit unter denjenigen, die mit dem Namen „Druckerbarone“ belegt werden können. Reines Menschlichkeitsgefühl bestimmt letztere Herren am allerwenigsten, für Besserstellung ihrer Arbeiter Sorge zu tragen. Heute und immer wird es heißen:

„Wer nur kämpft, der kann gewinnen.“

„Wer nur siegt, der kann bestehen!“

Nun zur Herausgabe der B.-W. Mit derselben ist ein Organ geschaffen, welches auf die Dauer — mit dieser Sprache — mir unhaltbar erscheint. Die persönlichen Angriffe, namentlich in Nr. 12 der B.-W., welche insbesondere unter der Rubrik „Berufs-Cronik“ zu finden sind, tragen den Stempel höchster Gehässigkeit. Es erscheint, als wenn Kollege Gast sich über das Thun und Treiben der an der Spitze stehenden Mitglieder bei allen (auch privaten) Anlässen gut unterrichten läßt; dazu — um dieses breitzutreten — ist doch die B.-W. am allerwenigsten geschaffen. Sollte der Redakteur nicht soviel Material haben, die Zeitschrift mit Aufzählung von Schäden der Tarifgemeinschaft füllen zu können, so steht demselben sicher Material technischer oder für das Gesamtgewerbe sonst nützlichen Inhaltes zur Verfügung. Entweder befaßt sich die B.-W. eines andern Tones oder sie grabt sich die Grube selbst. Wegen des Ausschlusses der Kollegen Gast und Genossen aus dem Verbands bin auch ich und der Ansicht, daß der in Frage kommende Paragraph zu unrecht Anwendung gefunden hat.

Wer im Klebrauche der 90er Forderung (neunständige Arbeitszeit) ist, setzt sich selbstverständlich nicht nach der heutigen; doch den Kollegen, welche ohne Kampf die neunstündige Arbeitszeit bekommen können, ist sie von Herzen zu wünschen. Wie steht es aber in Rheinland-Westfalen aus, wo die Prinzipale von der Meinung besessen sind, daß für sie der einzuführende Tarif unannehmbar, vielmehr ein Sondertarif am Plage wäre. Ein durch Deutschlands Gauen gefommener Buchdrucker muß ohne Brille erkennen, daß die Lebenshaltungen in den beiden Provinzen durchaus nicht andere unserm Vaterlandes an Billigkeit übertreffen, vielmehr Theuerungsverhältnisse zu verzeichnen sind. In Rheinland-Westfalen wird der Tarif ohne Kampf nicht eingeführt werden. Da wird keine Minute und kein Groschen freiwillig gegeben. Zum Vollstamme selbst möchte ich bemerken: Nur selten geht ein „Künzler“ auf die Walze und wenn er es doch über sich bringt, dann kann man bestimmt annehmen, daß er entweder in nächster Nähe Arbeit bekommt, oder er sucht die heimliche Erde baldigt wieder auf. Der Prozentsatz der in Außenprovinzen lebenden Rheinländer und Westfalen ist ein kleiner. Besteht Falles, die Forderung des neuen Tarifs wird hier auf das Schlimmste erhoben und durch Arbeitsmangel eventuell erzwungen, so — nun wir wollen das Beste hoffen; nur Einigkeit führt zum Ziel und das sei auch an dieser Stelle nach der „roten Erde“ gerufen.

Eine noch wenig in unserm Gewerbe und auch bei Einführung früherer wie des jetzigen Tarifs ventilierte Frage ist die der Festsetzung des Lohntages. Man wird sagen: eine ganz nebenläufige Frage; diese kann eventuell durch ein bei der Geschäftsführung anzubringendes Gesuch erledigt werden. Wie nebenläufige sie auch erscheinen mag, so wichtig ist sie, namentlich für unsere verheirateten Kollegen. Heute, wo keine Reichthümer aufgestapelt, wo kein Spartassenbuch angelegt werden kann, ist es für einen mit großer Familie begabten Kollegen eine Magenfrage. Wenn auch spätestens 7 Uhr abends am Sonnabend Geschäftsfluß ist, und der Betreffende auch seinen weiten Weg zu seinem Helme zurückzulegen hat, so muß die Frau sich doch hüten, um alles Er-

forderliche zusammenzuholen. Bis spät am Abende muß sie die Läden aussuchen und wie bekommt sie die Ware. Ganz anders ist es, wenn der Mann am Freitag sein Geld nach Hause bringt. Da hat die Frau den ganzen Sonnabend, um die Einkäufe nach Wunsch zu machen und für das Sommerhalbjahr den wesentlichen Vorrath, auf dem Wochenmarkt ihre Einkäufe vorteilhaft zu erledigen. Für den nichtverheirateten Kollegen bietet der Freitag als Zahlung keinen weitem Vorteil. Ja manchen Druckerzweigen Deutschlands ist der Freitag schon als Zahlung eingeführt, aber auch in gewaltig vielen nicht.

Wenn diese Zeiten dazu beitragen, daß das — mit dem Namen Forderung kaum zu belegenden — Ersuchen auf „Freitagsauszahlung“ in ganz Deutschland besprochen wird, so ist der Zweck dieser Zeilen erfüllt. Dem Druckerzweigen kann es gleich sein, ob er Freitag oder Sonnabend das Geld ausahlt. Zum Schluß möchte ich mich noch ganz entschieden gegen die leider in einzelnen Städten Deutschlands noch vorherrschende Gewohnheit, den Lohn alle vierzehn Tage Sonnabends auszuzahlen, wenden.

Dortmund.

M.

Ein Vorschlag — zur Güte.

Die Berichte der Mitgliedschaftsversammlungen in den letzten Nummern des Corr. lassen ein allmählich tiefer bringendes Friedensbedürfnis gegenüber dem Bruderszwiste der Verbandskollegen erkennen. Es ist das ein erfreuliches Symptom deshalb, weil die Versammlungen der Mitglieder sicherer den maßgebenden Gradmesser der Stimmungen und Strömungen innerhalb unsers Verbandes abgeben dürften als die Friedensbesprechungen einzelner Corr.-Artikel, welche — einseitig genug — zur Befriedigung ihrer Friedensbedürfnisse einfach das Zutreffende der gegen statutarische Formen und statutarisches Recht ausgeschlossenen Mitglieder verlangen. Nebenbei kommt in ihren Artiteln auch noch ein Brocken Egit unter moralisierenden Samentationen über den „Ton“ der Opposition zum Vorschein, der seinerseits selbst eine nette Blumenlese enthält von lebenswichtigen, höher-ethischen Bezeichnungen, als da sind: „Redaktions-bullbogen“, „geistig frange Menschen“, „kleine Gasts“ (mit der mißlungenen Absicht der Beleidigung) usw. usw., alles zur größeren Ehre und zum Beweise der Verhältnißlichkeit ihrer friedensbedürftigen Urheber.

Da macht das Symptom des Friedensbedürfnisses in unseren Versammlungen einen wohlthuenden und glaubhaften Eindruck, wenn sie in ihren Beschüssen und Meinungen auch „nicht die Mehrheit“ einer Gesamtmittelschaft darstellen, wie in letzter Zeit so oft distreditierend und wegweisend bemerkt wurde.

Na, wir wollen nicht bitter werden und höchst im erstlichen Fahrwasser bleiben, denn wenn einmal nach dem günstigen Verlauf einer vernünftigen Verständigungs-politik die Versammlungen wieder normale Verbandsarbeit leisten, dann kommt auch Ihre „Mehrheit“ wieder zu den verdienten Ehren! —

Vernünftige Verständigungspolitik! Die ist es nicht, welche von Frieden in lauten Worten und gelehrtem Satzgefüge mit klassischen Citaten träumt und dabei die Unterwerfung des zu verführenden Gegners mit immer wiederkehrenden Vorwürfen fordert! Nein, eine solche hat sich an die vorhandenen Thatfachen, an die realen Verhältnisse der Dinge anzulehnen, sie erhebt Konzeptionen. Nicht einseitig, wenn Recht und Unrecht, Licht und Schatten beiderseits sich vorfindet. —

Als „Vorschlag zur Güte“ für praktische Unterlage für eine Verständigungspolitik mögen daher den Kollegen folgende Sätze, welche für beide Teile Konzeptionen enthalten, unterbreitet sein:

1. Die sämtlichen in Sachen der B.-W. erfolgten Ausschüsse werden ausnahmslos und sofort zurückgenommen.
2. Die Herausgeber der B.-W. geben nach erfolgter Zurücknahme der Ausschüsse die verbindende Erklärung ab, daß das Erscheinen des Blattes mit Ende Dezember 1896 eingestellt wird.
3. Zur absoluten Sicherung der freien Meinungsäußerung im Corr. wird seitens der Leipziger Verbandsmitglieder eine Prekominmission eingesetzt. Dieselbe hat die alleinige Aufgabe und Befugigung, vom Redakteur abgelehnte Artikel zu prüfen und eventuell zur Aufnahme zu bringen. Die Prekominmission ist als eine provisorische zu betrachten bis zum Zusammenritte der nächsten ordentlichen Generalversammlung des Verbandes, die weiteres zu beschließen hat.

In diesen drei Punkten sind die nach des Artikelschreibers Ansicht erforderlichen Konzeptionen zur Realisierung von Friedensbestrebungen enthalten. Dazu ist noch zu bemerken: ad 1: Da die erfolgten Ausschüsse, wie auch die Bezirksvorsteherkonferenz des Gaus Schlesien durch die Annahme einer entsprechenden Resolution und deren Begründung (s. Corr. No. 127) festgestellt, schon der Form nach als statutenwidrig zu bezeichnen sind, ist ihre Zurücknahme in erster Linie erforderlich; ad 2: Da die Konferenz der Herausgeber der B.-W. und etwa vierzig Angehöriger der Opposition durch eine Resolution das Abtrennen eines Teiles vom Verband entschieden verweigert, die Befestigung der Tarifgemeinschaft aber auf statutarisch ordnungsmäßigem Wege herbeiführen will, so ist, da der dritte Punkt

des Vorschlags die Gewährleistung der freien Meinungsäußerung und für die Opposition bildet, die Veranlassung zur Weiterführung der B.-B. aufgegeben. Im Interesse des Friedens im Verbandsrat hat das Komitee der B.-B., welche, wenn auch nicht mit Absicht, so doch in ihrer Konsequenz die Verbandslinteressen auf die Dauer schädigen muß, ohne ihrem Ziel etwas zu nützen, das Blatt eingehen zu lassen; ad 3: Die „Prekominmission“, deren Aufgabe genau vorgezeichnet ist, stellt die im Interesse des Friedens notwendige Begleitung von Punkt 2 dar, sie beugt die Selbstständigkeit und Thätigkeit des Redakteurs nicht, sondern gerade im Gegenteil einer ihrer Aufgabe gerecht werden der Redaktion nur zum Nutzen, da sie unbedingte Angriffe auf Grund ihrer Kontrolle über etwaige abgelehnte Artikel zurückweisen in der Lage ist. Ad 1-3: Vom Zentralvorstande des Verbandes, vom dem Komitee der B.-B. und von der Redaktion des Corr. werden je zwei beliebige Personen bestimmt, welche die Präliminarien zur Erledigung der drei vorgeschlagenen Punkte festzustellen haben.

Des die Vorschläge. Sie stellen sich dar als Konzeption I seitens des Zentralvorstandes und der Gauvorstände an die Ausschüsse, an die Opposition und an das Vereinstätigkeitsgefühl der Mitglieder überhaupt; Konzeption II seitens der Ausschüsse und der Opposition an den Frieden und an das Verbandsinteresse; Konzeption III seitens der Redaktion an die freie Meinungsäußerung; Konzeption I-III: Das Interesse der gesamten Verbandsmitgliedschaft. Und nun, Verbandskollegen: Wenn die gemachten Vorschläge in dem Sinn und dem Geiste geprüft worden wie sie gemacht wurden — vom reinen Standpunkte der Wiedererlangung des für unsre Organisation mehr als je so notwendigen Friedens und der Einigkeit — wenn die drei Arten der erwähnten Konzeptionen in ihrer Verbindung als die einzig mögliche Brücke des künftigen Einverständnisses erkannt und anerkannt werden, dann ist die Möglichkeit zur endgültigen Beseitigung des Bruderschwundes gegeben und der folgenden gemeinsamen Vereinsthätigkeit wird es sicher gelingen, unsre Organisation, die sich auch in diesem innern Sturme bewährt hat, wieder vorwärts zu bringen, trotz Tarifgemeinschaft!

Wären die Gauvorstände in Uebereinstimmung mit dem Friedensbedürfnisse der Mitglieder, möge die gesamte Verbandsmitgliedschaft diese Vorschläge zu den ihrigen machen und mit festem, sicherem Schritte werden die geeinigten Verbandsbataillone getragen von dem Bewußtsein ihrer in der Zusammenfassung der Kräfte liegenden Macht, die Stellungen wieder einnehmen, welche ihnen die vorerwähnten theoretischen Theorien im sozialen Kampfe der Gegenwart zugewiesen haben. Stuttgart.

Korrespondenzen.

A. Barmen. Sonntag den 8. November fand hier selbst eine gut besuchte Bezirksversammlung im Lokale des Kollegen G. Ludwigs statt. Zu derselben waren erschienen aus Barmen 41, Schmelm 10, Remscheid 6, Barmen 2, Ronsdorf 1 Mitglied sowie 8 Steinbrüder. Nach Verlesung des Protokolls der letzten Bezirksversammlung, welches Genehmigung fand, teilte der Vorsitzende mit, daß hier in Barmen die drei größten Druckereien (Fr. Staats, Steinborn & Co. und Wand) den neuen Tarif wohl eingeführt, aber nicht schriftlich anerkannt haben. Zweck Stellungnahme zur Einführung des Tarifs soll Montag den 16. November in Remscheid und Mittwoch den 18. November in Barmen eine allgemeine Buchdruckerversammlung stattfinden. Nachdem dem Kassierer auf Antrag der Revisoren Rechnung erstellt worden, gab der Vorsitzende Bericht über die am 1. November in Essen stattgefundene Bezirksvorsteher-Konferenz. Nach diesem Berichte zu urteilen sind die Verhältnisse im Gau sehr verschieden; denn während einige Bezirke eine sehr gute Aussicht für die Einführung des neuen Tarifs bekundeten, zeigten andere wieder ein wenig erfreuliches Bild. Im Anschlusse hieran stellte der Vorsitzende mit, daß Montag den 26. Oktober eine Vertrauensmännerung stattgefunden habe, in welcher Bericht über die Lage in unserm Bezirk erstattet worden sei, welche keineswegs ungünstig ausgefallen und hoffen läßt, daß in unserm Bezirke doch etwas erreicht werden wird. Seitens der anwesenden Steinbrüder wurde erachtet, in den Geschäften, wo Buchdrucker und Steinbrüder zusammen arbeiten, gemeinschaftlich vorbedacht zu werden, da dadurch noch am meisten zu erzielen sei. Das Beste würde sein, den jetzt in Berlin aufzubringenden Streik der Steinbrüder abzuwarten, um dann event. gemeinschaftlich loszuschlagen. Es wurde eine Kommission gewählt, welche mit den Prinzipalen, wo die Geßeln nicht selbst vorstellig werden wollen, in Unterhandlung treten soll, um den Tarif zur Einführung zu bringen. Ein trauriges Bild wurde von der Bismarckischen Druckerei entrollt, in welcher Mitglieder nicht beschäftigt werden. Die Firma ludt augenblicklich zur Herstellung des Adressbuchs N. S. zum vorher den Lohn von 20 50 M., während das Minimum 23,10 M. beträgt. Auf Anfrage der Remscheider Kollegen teilte der Vorsitzende mit, daß das Minimum für Remscheid 22,50 M. (also 8/10 Proz.) beträgt, die Kol-

legen von dort demnach jetzt nur für die neunstündige Arbeitszeit einzutreten haben. — Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wurde Barmen gewählt.

Crimmitschau. Sämtliche hiesigen Mitglieder — an Zahl augenblicklich 20 — hatten sich Sonntag den 8. November zu einer kleinen Abendunterhaltung im Saale des Odeum eingefunden. Dieses Vergnügen kann als das erste von Mitgliedern am hiesigen Ort arrangiert angesehen werden, denn bis jetzt war immer die Zahl zu klein, um sich diesen Luxus erlauben zu können. Durch ihren Besuch beehrte uns eine große Anzahl Kollegen aus den Nachbargäulen Meerane, Verbau und Zwickau; ferner waren im Geiste bei uns die früher hier thätigen, augenblicklich in Bremen konditionierenden Kollegen Weber und Dehler, welches sie durch Ueberlesen eines Telegramms bekundeten, wofür an dieser Stelle ihnen bestens gebant sei. Das von echt kollegialischem Geiste durchdrungene Vergnügen wird gewiß noch lange in Erinnerung der Teilnehmer bleiben und wollen wir hoffen und der Wirklichkeit wünschen, daß sie stets so stark bleibt, um alljährlich solch gemüthliche Stunden veranstalten zu können.

Aus dem Gau Dresden. Der Konflikt in der Eichenleiten Buchdruckerei in Freiberg ist beendet. Die Prinzipale versprachen, die tarifmäßige Arbeitszeit (die Löhne sind tarifmäßig) vom 7. Dezember ab zur Einführung zu bringen; insolge dessen sind die Kündigungen seitens des Personals zurückgenommen worden. — Am 8. November fand eine Versammlung in Sebnitz statt, zu welcher Kollegen aus Neustadt, Sebnitz und Stolpen erschienen waren; Kollege Steinbrück referierte. In Sebnitz und Neustadt findet man noch die elfstündige Arbeitszeit bei Löhnen von 11 bis 18 M. Hier wird eine systematische Tarifarbeit sich notwendig machen.

Detmold. Bericht. Am 30. Oktober unternahmen die Mitglieder der Gustav Heintzschens Druckerei (Inhaber J. Heintzsch) einen Anlauf, um auch hier den Tarif, welcher sehr im argen lag, zur Geltung zu bringen. Durch unser Vorgehen, an dem sich vier Mitglieder (eins war gekündigt, eins hörte freiwillig auf) beteiligten, erlangten wir nach achtstündigem Kampfe — passivem Widerstande (zur Kenntnis der Osnaabrücker Kollegen) — eine bedeutende Verbesserung, welche allerdings dem 1890er Tarife immer noch fern genug steht. Sache der Kollegen wird es sein, noch bessere Verhältnisse anzustreben. Hauptsache bleibt es aber auch für die konditionierenden Mitglieder unsers Verbandes, sich stets vorher tarifmäßiger Bezahlung zu versichern.

S. Erfurt. Die am 7. November stattgefundene Monatsversammlung beschäftigte sich in den Hauptpunkten mit den Artikularen 32 und 34 des Zentralvorstandes und mit der Verlegung des Vereinstlokales resp. Verlegung des Fremdenverkehrs nach der Zentralherberge. Betr. der Errichtung einer internationalen Widerstandskasse spricht sich der größte Teil der Redner gegen eine solche Gründung aus. Besonders wurde hierbei betont, daß derartig wichtige Angelegenheiten nicht über die Köpfe der Mitglieder hinweg nur von den Gauvorständen erledigt werden, sondern daß die Meinung der gesamten Mitglieder erforderlich und dieser Punkt auch bisher viel zu wenig in den Versammlungen ventiliert worden sei. Ueber die Stellungnahme zur Opposition fand eine eingehende und erregte Debatte statt, aus welcher wir nur einiges herausgreifen wollen. Der Ansicht des Zentralvorstandes wurde ganz energisch entgegengetreten, daß die Opposition gewollt sei, sich der Einführung des Tarifs hinderlich in den Weg zu stellen. Die Unterdrückung der B.-B. wurde nicht gebilligt. An dem Inhalte der letzteren wurde von einigen Mitgliedern Tadel geübt und die Wahl Gassch zum Redakteur als ein Mißgriff bezeichnet. Während Gassch von der einen Seite als schlechter Führer der Opposition hingestellt wird, bemerkt man von der andern Seite, daß doch Gassch kein Führer sei. Nach dem sich die Reihen der Anwesenden bereits etwas gelichtet haben, wird folgende Resolution mit 22 gegen 1 Stimme bei einigen Stimmunterschieden angenommen: „Die heutige Versammlung des Ortsvereins Erfurt des Verbandes der Deutschen Buchdrucker erklärt, entgegen der Annahme des Zentralvorstandes, daß die Opposition es sich zur Aufgabe gemacht habe, der Durchführung des Tarifs hinderlich im Wege zu stehen und die Disziplin im Verbandsrat zu untergraben, daß sie alles daran setzen will, dem Tarife Geltung zu verschaffen. Ihr Hauptziel ist, die Mängel desselben zu beseitigen und einem Pattieren mit den Unternehmern in jeder Form entgegenzutreten; Berichtigungen und dergleichen liegen derselben fern. Diese Resolution soll dazu beitragen, wieder ein harmonisches Arbeiten der beiderseitigen Parteien innerhalb des Verbandes herbeizuführen.“ Der Punkt, Verlegung des Vereinstlokales usw., ruft wiederum eine lange heftige Debatte hervor, welcher dadurch seine Erledigung findet, daß die Verlegung nach dem Restaurant Prinz Karl, Thalstraße (Andreasthor) angenommen, der Anschluß an die Zentralherberge aber abgelehnt wurde. Wegen vorgerückter Zeit mußten verschiedene Punkte zurückgestellt werden. Schluß der Versammlung gegen 2 Uhr.

W.-a. Frankfurt a. M. Nach einer Reihe von Jahren fand am 9. November wieder eine allgemeine Schriftgießerversammlung statt, welche sich denn auch eines sehr guten Besuchs zu erfreuen hatte. Durch die lange Zeit, in der die Schriftgießer Deutschlands ihre Fühlung untereinander vollständig verloren hatten, war es nicht mehr

möglich, ein klares Bild der Verhältnisse in den deutschen Gießereien zu erhalten, insolge dessen der Wunsch geäußert wurde, von der in Berlin gebildeten Seidenerkommission, welche einen neuen Aufruf erlassen hatte, einen Referenten zu erbitten, der die Sachlage der 1890er Bewegung und ihre Erfolge resp. Mißerfolge wie die Gründe, welche die Kommission zur Abhaltung eines neuen Kongresses bewegen hätten, klarlegen solle. Als solcher hatte sich Kollege Berkahn (Berlin) bereit erklärt, unserm Rufe Folge zu leisten. Derselbe führte in seinem fünfteiligen Vortrage, von vielem Beifall unterbrochen, Referat etwa folgendes aus: Er sei gekommen, um mit den Frankfurter Schriftgießern zu beraten, welche Wege einzuschlagen seien, um geordnete Verhältnisse im Gewerbe herbeizuführen. Redner freiesitzte kurz die 1890er Bewegung. Die Zentralkommission habe die Bahn suchen sollen, in welche die Organisation zu setzen gewesen sei. Die Behörde habe uns indes Schwierigkeiten gemacht, indem sie uns unter das Versicherungsgeßetz stellte. Nun habe man erwartet, die Kollegen würden sich lokal organisieren; dies sei jedoch in Frankfurt bis jetzt noch nicht der Fall gewesen. Ein Fehler sei auch gewesen, zwei Kommissionen zu wählen, indem zwischen Zentralkommission (Berlin) und Redaktionskommission (Leipzig) keine Ertigung zu erzielen gewesen sei. Der 1890er Kongress habe sich zu lange mit Aufstellung eines Normaltarifs beschäftigt, ohne eigentlich zu wissen, in welcher Weise derselbe zur Durchführung gelangen sollte. Von sämtlichen deutschen Prinzipalen habe sich nur ein einziger bewegen gelassen, eine Antwort darauf zu erteilen. In Berlin seien erst durch schwere Kämpfe stabilere Verhältnisse eingetreten, während Frankfurt ohne Kampf wesentliche Verbesserungen erhalten habe. Er freue sich, daß in Frankfurt schon seit einer Reihe von Jahren die neunstündige Arbeitszeit eingeführt sei, während in Offenbach und Stuttgart immer noch zehn bis elf Stunden gearbeitet würde, ohne die Ueberstunden, welche in Frankfurt nur in den äußersten Notfällen verlangt würden, freilich auch ohne Entlohnung. Auch wir müßten bestrebt sein, dem Betrage Rechnung zu tragen, indem wir Solidarität üben und uns organisieren, um geschlossen mit den Kollegen ganz Deutschlands und in Fühlung mit ein sachvollerer Prinzipal einen geordneten Verhältnisse beiderseits herbeizuführen. Es ist unmöglich, das vorzügliche und inhaltreiche Referat weiter auszuführen, indem es die Spalten des Corr. zu sehr in Anspruch nähme. Redner Vorkam lobte denn auch dem Referenten. Inzwischen waren zwei Resolutionen eingegangen, welche lauten: „Die heute in Frankfurt a. M. tagende allgemeine Schriftgießerversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichtet sich mit aller Kraft, die Bewegung der Schriftgießer Deutschlands zu unterstützen und an dem abzuhaltenden Kongresse sich ebenfalls zu beteiligen.“ „Die heute in Frankfurt a. M. tagende allgemeine Schriftgießerversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, erblickt in der Gründung eines Schriftgießer-Fachvereins ihre vornehmste Aufgabe und verpflichtet sich, sofort zur Gründung eines solchen zu greifen.“ Derselben fanden einstimmige Annahme. Die nun folgende Debatte führte zur Wahl einer dreizehngliedrigen Kommission, welche sich mit der Ausarbeitung der Statuten zur Gründung eines Schriftgießervereins zu befassen hat. Der wöchentliche Beitrag wurde auf 30 Pf. festgesetzt. Der Gauvorsteher Kollege C. Dominik sowohl wie auch der Bezirksvorsitzende Kollege Dörck, welche der Versammlung beizuhören, legten den Gießern ans Herz, nachdem sie durch ihre Abstimmung bewiesen, daß sie das Bedürfnis fühlten, sich zu organisieren, sie möchten nun auch die Resolutionen nicht nur auf dem Papiere stehen lassen, sondern kräftig mittragen und mitarbeiten an der Organisation, um nicht hinter den Kollegen anderer Gießereien zurückzufallen. Sie führten den Kollegen die Vorteile des Verbandes der Deutschen Buchdrucker vor Augen; da jedoch die Frankfurter Schriftgießer in ihrer Mehrzahl nicht zu bewegen seien, denselben beizutreten, des hohen Beitrages halber, so möchten sie sich lokal organisieren. Die Verbandsmitglieder sollten die keine Ausgabe nicht scheuen, sondern ebenfalls der Lokalorganisation beitreten. Der Vorsitzende dankte dem Referenten für seine vortrefflichen Ausführungen und schloß die Versammlung mit einem enthusiastisch aufgenommenen dreimaligen Hoch auf die deutsche Schriftgießerbewegung.

Gera, 14. November. Die heute abend im Preussischen Hofe stattgefundene Mitgliederversammlung beschäftigte sich u. a. auch mit dem Artikulare des Zentralvorstandes an die Bezirksvorstände, in Mitgliederversammlungen Stellung zu nehmen zu dem neuesten Vorgehen der Opposition. In ziemlich erregter längerer Debatte wurde schließlich der folgende Antrag des Kollegen Giese angenommen: „Die Mitgliedschaft Gera beschließt: Jedes Eingehen auf das Artikulare abzulehnen, da dieselbe keine Gefahr für den Verband in dem Bestehen der Opposition erblickt.“ 23 Stimmen waren dafür, 7 dagegen, etwa 20 Mitglieder enthielten sich der Abstimmung. Ferner wurde beschlossen, in Zukunft die Mitgliederversammlungen im Corr. zu annonciieren mit den hauptsächlichsten jeweiligen Tagesordnungspunkten. In der Uebersicht, die eventuelle Uebernahme der bisherigen Thüringer Kassensmitglieder in die Verbandsmitgliedschaft wurde ein Antrag des Kollegen Zahn angenommen, welcher lautet: „Beantworte, der Ortsverein Gera wolle beschließen, die bezugsberechtigten Thüringer Kassensmitglieder des Verbandes

ohne Karenzzeit aufzunehmen und ihnen, falls sie innerhalb fünf Jahren inaktiv werden, 4 Mk. nach fünf Jahren aber das volle Verbands-Funktionsgeld auszahlen."

Hannover. Der 1. Punkt der Tagesordnung unserer Versammlung vom 5. November lautete: „Vortrag des Verbandsvorsitzenden Herrn E. Döblin über die Tarifgemeinschaft und den Verband der Deutschen Buchdrucker“, weshalb sich auch eine stattliche Anzahl Kollegen eingefunden hatten. Einangs seiner einleitenden Rede bemerkte Herr Döblin, er wäre nicht etwa nach Hannover gekommen, um Profesen zu machen. Zunächst die Vorgeschichte unserer diesjährigen Bewegung besprechend, ging Redner allmählich auf die Tariffrage über und meinte, es würde viel Mißbrauch mit dem Worte Tarifgemeinschaft getrieben, Tarifgemeinschaft sei doch nichts weiter als Tarifvereinbarung. Ein großer Teil der Prinzipale sei jetzt für uns; 18000 Gehilfen arbeiteten jetzt zu den neuen Bedingungen. (Zuruf: Glauben Sie selbst nicht.) Da die Prinzipale die Arbeit zu vergeben haben, müße man dieselben doch auch bei dem Arbeitsnachweise mitwirken lassen. Die Sachschiedsgerichte seien in vielen Streitfragen besser als die Gewerbegerichte. Zu der Gassehen Angelegenheit und der heutigen Opposition übergehend, erklärte Redner, eine berechtigte Opposition ließe man sich schon gefallen, aber nicht eine solche, die durch Schabschneidung usw. die leitenden Personen herunterzureißen suche. Unsere neue Tarifgemeinschaft hätte auch den verwandten Branchen genutzt, da dieselben jetzt ebenfalls an vielen Orten die neunzehnstündige Arbeitszeit errungen, und sprach zum Schluß die Hoffnung aus, die nächste, wohl etwas bewegte Zukunft möge uns alle einig lassen. (Beifall.) — Zunächst widersprach Kollege Struß dem Redner. Döblin hätte nur die Vorteile, aber nicht die Nachteile des Tariffs aufgezählt. Hauptgrund der Opposition wäre eben die halbjährige Kündigungsfrist des Tariffs. Zu den Tarifkosten bezahle die Prinzipalität nichts zu; die Gehilfenschaft müsse, wie schon während der früheren 18jährigen Tarifgemeinschaft, auch diesmal wieder alle Kosten allein tragen. — Kollege Stevers: Daß die Opposition thätig mitwirke, beweise wohl die örtliche Tarifkommission, wo von sieben Mitgliedern sechs zur Opposition gehörten. Aber gerade die Freunde der Tarifgemeinschaft seien nur sehr schwer dafür zu haben gewesen, den Tarif nun auch einzuführen. Döblin möge sich nur nicht so auf die Provinz berufen, denn dort bekämpfte man ja erst recht diesen Tarif. Die Zeit von 1892 bis 1896, in welchem Zeitraum der Verband 6000 Mitglieder gewonnen habe, sei gar nicht so schlecht gewesen. Die Ausschlußangelegenheit hätte die Opposition wieder auf die Beine gebracht. Ueber Gassch und Döblin kände wohl allen der Verband und hätte er (Redner) es am liebsten gesehen, die Halle'sche Generalversammlung hätte beiden den Laufpaß gegeben. (Beifall.) — Kollege Klinker erinnerte an die schon Worte: „Keinen Mann und keinen Groschen für diesen Tarif, den sollen (und wollen) die Prinzipale ja selbst einführen.“ — und heute — eben! Ausländer! Klinker glaubt nicht, daß Döblin noch einmal die große Masse entusiasmieren könne und stelle zum Schluß an den Verbandsvorsitzenden die Frage: „wie die (laut Struß) seitens der Bezirksvorsteher zu unternehmenden Schritte gegen die Unterzeichner der Friedensrats-Resolution zu verstehen seien?“ (Herr Döblin beantwortete später diese Frage dahin, die Bezirksvorsteher sollten die Opponenten dadurch veranlassen, sich über die Opposition mit eignen Klassen und Kongressen innerhalb des Verbandes zu äußern.) — Kollege Stevens zog dann bitter über die Tarifgemeinschaftsfreunde los, die nicht nur die Versammlungen nicht besuchen, sondern auch nicht einmal beim Vorgehen der verwandten Vereine sich beteiligen wollten. Der Opposition würde alle Arbeit überlassen und zum Dante dafür sie mit „Schnapsbrüder“ usw. verglichen. Durch den heutigen Vortrag hätte er (Redner) die Auffassung gewonnen, daß wir keinen Verbandsleiter, wohl aber einen Versicherungsgesellschaftsleiter haben. (Es sei hier bemerkt, daß Herr Döblin diese indifferenten Kollegen, die sich am liebsten den Stimmzettel noch ans Bett bringen lassen, durchaus nicht in Schutz nahm. Bei Bewegungen müße man aber auch mit diesen rechnen.) — Kollege Kanowsky erläuterte in längerer Rede, wie die Tarifgemeinschaft uns hauptsächlich an Kartellverbindungen hindere. — Nachdem Kollege Peters zur Einigkeit gemahnt, interpellierte Kollege Dörnk Herr Döblin noch wegen des Ausschusses unserer besten Kollegen. Damit hätte der Zentralvorstand Del ins Feuer gestoßen. Und warum Döblin die Klage gegen Gassch anhängig gemacht, ob er glaube, damit seine bürgerliche Ehre wiederherzustellen? Mit seiner heutigen Rede hätte Herr Döblin sich schamlos herabgewürdigt. (Von fast sämtlichen Rednern wurde außerdem die Bitte der tariffreien Druckereien, worin die größten Lehrlingszüchter als tariffrei paraderen, einer scharfen Kritik unterzogen. Eine Verichtigung der Tarifliste wird wohl seitens unsers Kreisvertreter's bald erfolgen. D. Schriftl.) — Vorsitzender Hartwig sprach nach dem Schlußworte Herrn Döblin noch die Hoffnung aus, daß die ungenügenden Mutmaßungen nicht eintreffen und die nächste Zeit uns alle einig zusammen finden möge. — Untern zweiten Punkte der Tagesordnung wurden als Kandidaten zum Tarifschiedsgericht aufgestellt die Kollegen G. Pabst, E. Rosenbruch, D. Stevers, als Stellvertreter G. Siemens und R. Durst. Schluß 12 $\frac{1}{2}$ Uhr.

-y. Leipzig. In der am 13. November im Theaterfaale des Krystallpalastes abgehaltenen, von etwa 550 Personen besuchten außerordentlichen Versammlung des Vereines Leipziger Buchdrucker- und Schriftsetzergesellen stand der in der Drukerel von Hartmann & Wolf ausgedruckte Tarifkonflikt sowie dessen eigentümliche Ausstrahlung seitens der beteiligten Kollegen zur Verhandlung. Es ist nicht gut denkbar, die Ausführungen der vielen Redner auch nur annähernd mündlich wiederzugeben, da wir den auswärtigen Kollegen betreibende Gedanken ersparen wollen, wenn sie lesen würden, in welchen Bahnen sich die Diskussion in unseren Versammlungen bewegt. Der Vorsitzende Kollege Escher sicherte den Gehörgang der Anwesenheit so, wie sie bereits in Nr. 131 des Corr. dargelegt worden ist. Die in dem Werke beschäftigt gewesenen zwölf Kollegen hatten durch eine Kommission von dem Vorsitzenden des Vereines eine Auskunft darüber verlangt, wie sie sich zu verhalten hätten, wenn der Prinzipal die Bezahlung des Aufschlags von 40% verweigere. Escher sagte den Kollegen, sie sollten den Lohn unter Vorbehalt annehmen und das in der Konstituierung begriffene Tarif-Schiedsgericht anrufen. Eine gewaltsame Austragung des Konflikts sei bis dahin auf alle Fälle zu vermeiden. Die Kommission erklärte sich mit diesem Bescheide einverstanden und versprach in diesem Sinne zu handeln. Da wir die Tarifsituationen nun einmal hätten und die Leipziger Kollegschaft in zwei Versammlungen diese ausdrücklich anerkannt habe, so glaube ich der Vorstand vollkommen im Rechte, wenn er den betr. Kollegen die Benutzung des Tarif-Schiedsgerichtes empfehle, der Streitfall würde auf jeden Fall zu Gunsten der betr. Kollegen beigelegt werden. (Auch der Prinzipal hatte später bei den Unterhandlungen in der Drukerel erklärt, sich dem Urteile des Schiedsgerichtes fügen zu wollen.) Ferner empfehle der Vorstand die Benutzung des Schiedsgerichtes schon aus dem Grunde, weil eine gewaltsame Austragung des Streites uns nicht weiter, sondern eher rückwärts bringen könne, wie sich dies bei einzelnen Druckereistreifen in Leipzig schon gezeigt. Die von den Kollegen verlassenen Plätze würden nur allzu schnell von auswärtigen Kräften besetzt und der Verein schließe somit eine Drukerel nach der andern für unsere Mitglieder. Es läßt dem Vorstand nicht daran liegen, durch irgend ein untaktisches Vorgehen die Druckereien zu verlieren, sondern wir müßten nun, nachdem uns schon bedeutende Druckereien für lange Zeit verschlossen, zusehen, daß die Arbeitseigenheit für unsere Mitglieder sich nicht vermindere; im Gegenteil hätten wir peinlich darauf zu achten, daß wir Druckereien gewinnen, damit die Kollegen untergebracht werden und nicht lange Zeit konditionslos umherlaufen müßten, mit einem Worte, damit sie Lohn und Brot finden. Hätten wir festen Fuß in solchen Geschäften gefaßt, in welchen es mit der Einhaltung der tariflichen Bestimmungen noch hapere, so werde es leichter für die Organisation sein, vorhandene Mißstände abzuschaffen. Die Kollegen von Hartmann & Wolf schlugen jedoch die Vorschläge des Vorstandes in den Wind und operierten nur „auf eigene Rechnung und Gefahr“. Der Vorstand hat daraufhin seinerseits den Ausständigen die Maßregelungsunterstützung verweigert. Darob großes Geschrei bei der Opposition, sie hielt die Kollegen von Hartmann & Wolf vom Vorstande für vergewaltigt. Die ungläubigsten Gerüchte schwirrten umher, der Vorstand sollte partout das Karnickel sein, welches wieder einmal „abgestochen“ werden müßte. Eine außerordentliche Versammlung sollte dem Vorstande den „Standpunkt klar“ machen, ihm beweisen, wie bitter unrecht er den Kollegen gethan, weil er nicht den Sädel öffnete. Das wandelnde Oratel der Opposition, an welches sich alle „Müßeligen und Beladenen“ zu wenden haben, der „gestreifte“ Vertrauensmann, hatte es sich nicht nehmen lassen, die Opposition ganz besonders zu dieser Versammlung mittels eines hektographierten Zirkulars, das seinem „Verausgeber“ nach Ton und Inhalt alle Ehre macht, einzuladen. Das charakteristische Merkmal soll der Nachwelt aufbewahrt bleiben. Es lautet: „Gelehrter Herr Kollege! Der Unterzeichnete ersucht Sie dringend dafür Sorge zu tragen, daß die morgen stattfindende Vereinsversammlung endlich einmal von seiten der Opposition stark besucht wird. Das standalöse Verhalten des Vereinsvorstandes gegenüber den bei Hartmann & Wolf ausstehenden Kollegen sowie die gemachten Beschimpfungen derselben durch den Corr. müssen den Kollegen die Jorne'sche über die abgrundtiefe Schamlosigkeit der Hilfenführung auf die Wangen treiben. Es ist die höchste Zeit, die Kollegschaft zur Wahrung ihrer gewerkschaftlichen Ehre aufzurufen. Mit kol. Gruß Otto Kressin.“ — Die Anhänger der Opposition suchten dieser „freundlichen Einladung“ auch alle Ehre zu machen.

Vom „Wächter“ hatten wir Befehl uns niemals zu gehen, Geheiß es, Wächter, ohne Geht, Wir müssen standhalten. Trotdem war der Verlauf der Versammlung für die Opposition ein äußerst unglücklicher. Vom Kollegen Rauch, dem Tarifvertreter, wurde ohne Widerspruch konstatiert, daß ein Mitglied jener Kommission, welche sich beim Vereinsvorstande Rat hole, vorher sich beim „Vertrauensmann“ Kressin eine Adler's gewähren ließ. Da Rauch und Kressin in einem Raum arbeiten, so hätte sich der betreffende Kollege gar nichts vergeben, wenn er ihn ebenfalls von dem drohenden Konflikt in Kenntnis setzte. Der Vorstand habe die Pflicht darauf zu achten, daß seine Anordnungen befolgt werden; wenn aber die

Kollegen diesen Anordnungen dennoch entgegen handelten, so müßten sie auch die Konsequenzen tragen. In ähnlichem Sinne verteidigten die Kollegen K. Ebel, K. Häußer und Engelbrecht das Verhalten des Vorstandes. Gewissermaßen im Auftrage der Ausschüßigen (die inzwischen meistens anderweit untergebracht sind) sprachen die Kollegen Weisfeld, Müller und Jung, welche als Grund ihrer plötzlichen Arbeitsniederlegung das provisorische Verhalten des Prinzipals hinstellten. Es wurde aber auch anderseits bewiesen, daß das Verhalten der Kommission im Kontor bei den Verhandlungen ein tatvolles nicht gewesen ist. Will eine Kommission im Auftrage ihrer Kollegen beim Arbeitgeber irgend eine Forderung durchsetzen und diese auch demselben plausibel machen, so ist es notwendig, daß man klar und nüchtern seine Ansprüche formuliert. Die Kollegen Braun, Brauns, Rüdtern, Dehne und Schindler warfen dem Vorstande vor, er hätte nicht recht gehandelt, den Kollegen die Unterstützung vorzuenthalten. Sie appellierten hauptsächlich an das Gefühl der Versammlung und versuchten, neben einigen glühenden persönlichen Ausfällen gegen Rauch und Häußer, für eine vom Kollegen Braun eingebrachte Resolution, welche den zwölf Kollegen die Maßregelungsunterstützung zuspricht, Stimmung zu machen. Um 12 Uhr erst konnte unter großer Unruhe der Vorsitzende zur Abstimmung der zwei eingelaufenen Resolutionen schreiten. Eine vom Kollegen Rauch eingebrachte Resolution mit nachfolgendem Wortlaute wurde mit 255 gegen 195 Stimmen angenommen und die des Kollegen Braun somit abgelehnt: „Obwohl im Prinzip mit der Forderung der ausständigen Kollegen bei Hartmann & Wolf einverstanden, hält die Versammlung die Handlungsweise der in Frage kommenden Kollegen entschieden für falsch, schon aus dem Grunde, weil den Anordnungen des Vorstandes direkt entgegengehandelt worden ist. Die Versammlung betrachtet eine solche Handlungsweise weder geeignet, die Organisation zu stärken, noch die berufliche Lage unserer Mitglieder zu bessern, sie erblickt in der Unterordnung des Einzelnen unter den Willen und die Beschlüsse der Allgemeinheit sowie deren Vertreter die Grundbedingungen zu einer ersprießlichen Tätigkeit auf dem Lohn- und Arbeitsgebiete wie innerhalb unsrer Organisation.“

Posen, 10. November. In dem Bericht über den am 25. Oktober in Bromberg stattgehabten Goutag hat der betr. Berichterstatter, was das Korrespondent-Obliquatorium anbelangt, denn doch etwas zu sehr die Thatfachen entstellert. Die Posener Delegierten und mit ihnen die ganze Mitgliedschaft waren erfreut, als sie lasen, daß beschlossen wurde, „vom 1. Januar 1897 das Obliquatorium des Corr. auf die Ortsklasse zu übernehmen.“ Wie kann wohl ein Goutag beschließen, was diese oder jene Ortsklasse zu übernehmen hat! Allerdings wurde in der Debatte hierüber gesagt, daß die eine oder die andere Mitgliedschaft, die den Corr. obligatorisch wolle, denselben auf die Ortsklasse zu übernehmen habe, was ja auch ganz natürlich ist. Thatache ist jedoch, daß das Obliquatorium des Corr. für den Gau Posen fallen gelassen wurde. Ob dasselbe nun von den einzelnen Mitgliedschaften übernommen werden wird, ist, wenigstens was Posen anbelangt, noch eine große Frage, zumal auch „beschlossen wurde“, das Blattum für Nichtbezugsberechtigte und Ausgescuerte, das bisher aus der Gaukasse gezahlt wurde, auf den Ort zu übernehmen.

Heutigen, den 10. November. Am gestrigen Abend fand sozusagen die letzte allgemeine Buchdrucker-Versammlung statt, welche sich mit der Einführung des Tariffs am Orte befaßte. In Nr. 126 des Corr. gaben wir ein Bild von den bei dem Prinzipal in Unterhandlung gestandenen Kommission zu teil gemordenen Bewilligungen. Heute können wir sagen, daß das Bewilligte von seiten der Prinzipale im großen und ganzen vom 1. November ab, teilweise auch schon früher, eingeführt ist. Wir haben damit am hiesigen Platz ein bedeutendes erreicht. Waren doch bis jetzt die hier herrschenden Verhältnisse im allgemeinen sehr schlecht, da von einem Tariff, nicht einmal dem 88er, gar keine Ahnung vorhanden war. Leider, wie es fast überall der Fall ist, fand sich auch hier eine Firma, der größten eine, bei der absolut gar nichts zu machen war. Dieses ist die Drukerel der Schwarzwälder Kreiszeitung, Ebner & Lieb (im letzten Berichte genügend geschildert). Gerade bei dieser Firma wurde von seiten der Kommission die größte Bereitwilligkeit und Nachsicht angewandt, aber leider bis zur Stunde ohne jeden Erfolg, sodas von weiteren Unterhandeln gar keine Rede mehr sein kann. Das Personal besteht mit zwei Ausnahmen nur aus Nichtverwandten, wovon sich wiederum zwei Drittel an keiner der vielen Versammlungen beteiligten und somit den Anspruch der Firma, daß die Leute das Minimum nicht verdienen, bekräftigen. Von seiten der gestrigen Versammlung wurde nun beschlossen, eine Einlage an die hiesigen Behörden zu richten, worin genannte Firma genügend bekräftigt werden wird. Für Verbandsmitglieder müssen wir diese Drukerel als geschlossen betrachten. Begegnet ist ein Verdrüsslicher sowie Konditionsannahme ohne tarifliche Bezahlung unzulässig. — Folgender Vorfall möge zeigen, wie selbst Mitglieder ihre höchsten Prinzipien untergraben. Ein auf Vernehmung von Bromberg nach hier während unserer Bewegung Zugereister, jedoch dann nicht eingestellter Kollege bot sich, nachdem er von der ihm engagierten Firma nicht angenommen wurde, der Firma Ebner & Lieb mit dem Bemerkten an, daß deren Maschinen-

meister mit in der Kommission sei und somit die Arbeit wohl pflöglich im Stiche lassen würde, wenn nichts bewilligt würde, er jedoch bereit sei, wenn er eingestellt würde, aus dem Verbandsverband zu treten. Er wurde jedoch nicht erhört. Das sind unsere zahlenden Kollegen, welche sich nicht genieren, den um Erregung besserer Lebensverhältnisse kämpfenden in den Rücken zu fallen, und damit den N. B. ein gutes Beispiel geben. Hut! — Doch wünschen wir, daß das Errungene von Verbands- wie Nichtverbandsmitgliedern auch in Zukunft aufrechterhalten wird und möglichst bald der neueste Tarif in allen seinen Positionen auch hier zur Einführung gelangt. — Haben wir nun auch etwas erreicht, so haben wir doch auf unserer Seite einen Verlust zu verzeichnen. Unser uns lieb gewordene Vorsitzende, Kollege G. Mauritz, welcher mit vollem Bewußtsein sich der Sache hingab, muß seine Stellung verlassen. Können wir daran auch nichts ändern, so haben wir doch den Wunsch, daß derselbe recht bald wieder eine blühende Stätte finden möge.

Waldenburg i. Schl. In dem Verzeichnisse der Drucker, welche den neuen Tarif anerkannt haben, figurieren für den hiesigen Bezirk: Ferd. Dömler, Erben-Waldenburg, Fr. Belg. Vangendielau, Hilliger-Altwasser, Klambit Nurode, Kerber-Striegau und Wolf-Nimpsch. In den ersteren beiden Dörfern bestand die verkürzte Arbeitszeit schon seit 1891 und die Bezahlungswiese erfolgt ebenfalls schon seit mehreren Monaten nach dem neuen Tarife. Der Besitzer der klambitischen Drucker in Nurode, Herr Kose, hat zwar beizwilligt die Löhne der Minimumsnehmer um 50 Pf. aufgebessert, auch den neuen Tarif schriftlich anerkannt, fügt sich jedoch auf die Ausnahmestimmungen in § 31 des Tarifs und hat einen dahingehenden Antrag beim Tarif-Ausschusse gestellt. Wenn auch Nurode zu den kleineren Druckorten gehört, so wirkt es doch andererseits befremdend, daß die Dörfer des Hausfreundes, eines der bestundierlichsten Zeitungswirtschaften Schlesiens, ihrem Personale die Segnungen der verkürzten Arbeitszeit vorenthalten. Was Herr Stengel in Breslau kann, wird doch sein Sozius, Herr Kose in Nurode, auch im Stande sein? — Die Drucker von Hilliger in Altwasser (deren Besitzer vor kurzem gestorben) zählt zwar tarifmäßige Löhne, hält aber auch an der alten Arbeitszeit fest und auch die Bezahlung der Lebensstunden läßt zu wünschen übrig! — Herr Kerber in Striegau hat auf Drängen seiner Gehilfen der Anerkennung des Tarifs nun auch die Einführung folgen lassen, nur bezüglich der Anzahl der zu haltenden Lehrlinge will sich Herr K. „die Hände nicht binden“ lassen. Hoffentlich wird aber auch nach dieser Richtung dem früher einmal die Verbandsgrundzüge vertretenden heutigen Prinzipal Kerber die Notwendigkeit geordneter gewerblicher Verhältnisse begrifflich zu machen sein. — Und nun zu Herrn Wolf in Nimpsch, der den Tarif auch anerkannt haben will. Dem einzigen dort stehenden Verbandsmitglied meinte Herr Wolf zu, der Prinzipal (Großchen) Kasse beizutreten und dem Verbands-Balet zu sagen oder — die Kondition aufzugeben. Während die anderen dort stehenden Nichtverbandskollegen sich mit Vergnügen in die Großchens-Kasse pressen lassen, zog der betriebl. Kollege seine Verbandsmitgliedschaft dem fernern Wirken in diesem „Tariftempel“ vor. Jedenfalls ist Herr Wolf der Meinung, daß es genügt, seine Leute in die Prinzipalkasse gedrängt zu haben, um dann als „tariffrei“ gelten zu dürfen! — Im großen und ganzen müssen wir konstatieren, daß es in unserm umfangreichen Bezirke verhältnismäßig wenig Prinzipale gibt, welche geneigt sind, die neuen tariflichen Abmachungen in die Praxis zu überlegen; es wird deshalb nötig sein, daß geistesfertig in nächster Zeit hierin kräftig nachgeholfen wird. Neben Aufbesserung der Löhne und Regelung der Arbeitszeit ist es vornehmlich die Lehrlingszahl, welche in vielen Druckereien einer bedeutenden Herabminderung dringend bedarf. Gibt es doch außer einer Menge kleiner Buden, die nur mit Lehrlingen oder einem Gehilfen arbeiten, auch größere Geschäfte, welche in puncto Lehrlingsausbildung eine gewisse Fortschritt besitzen. Sehen wir uns z. B. die Verhältnisse in der größten Stadt unsers Bezirkes, Schweidnitz, an, so beschäftigt die Firma L. Hege (Inhaber D. Gumpel) bei 23 Gehilfen 14 Lehrlinge, Walter & Krophwoda bei 8 Gehilfen 11 Lehrlinge. Die Buchdrucker der Schreiberei-Diesdorfer Rettungskassette in Diesdorf glaubt auch ein Gott wohlgefälliges Werk zu thun, wenn sie möglichst viel „Böglinge“ in die Gehilfenliste der schwarzen Kunst einweicht; bei etwa 18 Gehilfen ist nämlich ein Duzend Lehrlinge vorhanden. Eine ähnliche Lehrlingsbrutstätte ist der Drucker Reichenhach, wo 4 bis 5 Gehilfen mindestens 20 Lehrlinge gegenüberstellen. Da wird es hohe Zeit, daß solche Zustände auf das energischste bekämpft werden. Es ist erfreulich, daß man bei den diesmaligen Tarifberatungen die Verhältnisse in der Provinz mehr berücksichtigt und Vereinbarungen getroffen hat, die geeignet sind, auch in dieser Beziehung endlich einmal Wandel zu schaffen. Was nützt es, wenn in 3-iten günstiger Geschäftskonjunktur in den Großstädten momentane Vorteile errungen werden, wenn aber die Provinz, das Hinterland, aus welchem sich hauptsächlich der Zuwachs an Arbeitskräften rekrutiert, außer Acht gelassen wird. Hier gilt es, den Hebel einzusetzen. Gelingt es, auf Grund der 1896er Abmachungen die Verbreiterung und Verallgemeinerung des Tarifs in der Provinz zu bewerkstelligen, dann ist ein großer Schritt nach vorwärts getan und viele, die bisher großend besette standen, weil der neue Tarif ihrem

eigenen Leben zu wenig gebracht, werden sich mit der Zeit mit den Tatsachen versöhnen; damit wird aber auch der alles negierenden Opposition am besten die Spitze abgebrochen werden.

Randschau.

Buchdruckerei und Verwandtes.

Aubrodt. Die Resolution betr. Eintreten für den neuen Tarif ist von sämtlichen Gehilfen einstimmig angenommen worden. Bericht folgt.

Aus Lüttich kommen Klagen über vollständige Ineresslosigkeit an Versammlungen usw. der dortigen Kollegen. Es ist das wohl in Zusammenhang mit dem daselbst seit langem herrschenden Arbeitsmangel zu bringen. Langjährige Mitarbeiter erhielten den „Sad“ und mußten anderweitige Beschäftigungen ergreifen. Eine in gleicher Stadt abgehaltene Tombola zum besten der Invaliden-Kasse ergab das günstige Resultat von 10882,75 Fr. es Man hofft damit die Position der Arbeitslosen erhöhen zu können. — Vor zwei Jahren wurde hier unter bescheidensten Anfängen eine sozialistische Genossenschaftsdruckerei gegründet, wozu Alden 2 Frs. ausgegeben wurden. Heute beschäftigt dieselbe neun Verbandsmitglieder; die Arbeitszeit wurde um eine Stunde gekürzt und das Besprechen gegeben, bei günstigem Geschäftsgang in kürzester Frist den Achtstundentag einzuführen. — In einer Lütticher großen Drucker steuern sämtliche Kollegen 25 Cent. wöchentlich in eine Kasse, der Prinzipal leistet 35 Cent. pro Mann und Woche. Aus den Einnahmen erhält jeder „Typo“ 30 Frs., um in der schönen Jahreszeit eine Woche feiern zu können.

In Nr. 131 berichteten wir von einem schon des längern währenden Lohnkampf in Dour in Belgien. Heute erfahren wir, daß die Streikenden eine Druckerei etabliert haben, auf der am 24. Oktober die erste Nummer einer neuen Wochenschrift („L'Indépendant“) herausgegeben ist. Der Drucker des bisher einzigen Blattes („L'Indicateur“), Baubert, dessen Fallstrickgeld den Streik verurteilte, soll wenig Freude an dem neuen Unternehmen haben.

In Frankreich besitzen die meisten Regimenter in ihren Garnisonorten typographische Druckereien nicht nur für ihren eignen Bedarf, sondern auch für den höheren Militärbedarf im Bezirke, so beschäftigt zum Beispiel das 114. Infanterieregiment in Marseille jahraus jahrein 7 bis 8 Zinngießern. In benachbarten Departement der Seapolen, Hauptort Antibes, druckt die dortige Garnisonsdruckerei des 112. Regiments auch allerhand Accouzen, wie Visitenkarten, Verlobungsbriefe, Hochzeiten, Todesanzeigen usw. für die Götterwelt, und die reichlich Aufträge gibt, denn fast das ganze Distriktkorps des betreffenden Regiments spielt für diese Druckerei den Vermittler, weil die Mehrzahl der Offiziere Attornäher der betreffenden Druckerei sind (siehe Mitte zu 10 Frs.).

Kollege Carlier in Rouanne, gegenwärtig 84 Jahre alt, diente treulich seinem Herrn, dem Drucker des Journal de Rouanne mehr als 50 Jahre als Maschinenmeister. Unfähig zur Arbeit geworden, erhielt er vom Chef den Abschied und — eine Weibliche vom Wirtstertum des Handels. Die Gemeinde bewilligte dem Herrn eine monatliche Unterstützung von 10 Frs. — seine Kollegen beschloßen, ihm bis an sein Lebensende zu Hilfe zu kommen.

In Parma wurde eine aus fünf Buchdruckern und zwei Mitgliedern der Arbeiterbörse bestehende Kommission beauftragt, mit den dortigen Prinzipalen behufs Abschaffung der Ueberstunden und Einführung des Gehilfengeldes sich ins Einvernehmen zu setzen. Letzteres gelang und fanden hierdurch sämtliche Konditionlose Beschäftigung. Die Regelung der ersten Frage wurde bis zu der in nächster Zeit stattfindenden Revision des Tarifs verschoben.

Aus Amerika. Die Deutsch-Amerikanische Typographie veräußerte im Monat September 951 Doll. Arbeitslosen- und 1647 D. Reisunterstützung, 430,55 Doll. für Kranke und 375 Doll. Sterbegeld, insgesamt 2296,84 Dollars; eingenommen wurden 2109 15 Doll. — Bundesbeiträge gingen aus den 22 Typographias im Monat September zusammen 429,95 Doll. ein, von denen 259,75 Doll. für Kopfsteuer an die F. U., 102 Doll. für die Buchdrucker-Zeitung, 45 Doll. für Gehalt an den Bundessekretär usw., insgesamt 417,15 Doll. ausgegeben wurden. — Die fünfjährige Arbeitswoche steht bei unseren Kollegen der neuen Welt im Vordergrund der Besprechung und demnach ist eine Urabstimmung diese Frage der Realisierung jedenfalls näher bringen. Schwer und als ungerecht wird es empfunden, daß den vielen Opfern der Sechsmaschine gegenüber die wenigen Maschinenführer auch noch eine erhöhte Lohnskala besitzen; es soll also die Arbeitslosigkeit durch die weitere Beschäftigung der Arbeitszeit um einen Tag vermehrt und dadurch den Arbeitslosen ihre trostlose Lage verbessert werden.

Die Regierung der Dominion of Canada, dem guten Beispiel Englands folgend, führte für ihre Buchdruckerei den Achtstundentag bei gleichem Saläre ein.

Presse und Literatur.

Der schon alle Stadien durchgelaufene Prozeß Dabing (dolus eventualis) ist nun definitiv zu Ende. Die von der Staatsanwaltschaft gegen das letzte freisprechende Urteil eingelegte Revision ist vom Reichsgerichte zurückgewiesen worden.

In der schon erwähnten öffentlichen Beschlusse in Jena liegen aus 22 politische, 30 größere politische Zeitungen aller Richtungen, ferner 35 belletrische, humoristische, literarische und Kunst-Zeitschriften, 9 Frauen-, 3 Jugend- und 41 Zeitschriften für Gewerbe, Handel und Industrie, 4 naturwissenschaftliche und 32 Zeitschriften religiösen, sozialen und veranlichenden Inhalts. Es sind so ziemlich alle Gewerkschaftsblätter vertreten. Korporationen und Einzelpersonen haben mehr als 6000 Mt. Jahresbeiträge zugesichert, wovon 4000 Mt. auf die Karl-Beß-Stiftung, auf welche wir, sobald der Raum des Corr. dies zuleist, besonders zu sprechen kommen, entfallen. Letztere hat neben der Stiftung einer Bibliothek von 1600 Bänden auch die Einrichtung und Ausstattung der Beschlusse mit einem Aufwande von etwa 6000 Mt. dargeboten. Die Bibliothek wies bei Eröffnung nahezu 3000 Bände auf. Der Plan zur Errichtung der Beschlusse ging von den dortigen Zweigvereinen der Gewerkschaft für ethnische Kultur und der Comenius-Stiftung aus, welche am 20. Februar d. J. den „Beschlusseverein in Jena“ gründeten.

Mit dem 1. Januar geht das Kasseler Journal (konseratio) ein.

Im fernem Japan hat in den letzten zwanzig Jahren die Presse einen wunderbaren Aufschwung genommen. Vor 1870 gab es nur eine Zeitung, die nur bei wichtigen Ereignissen Vorkam herausgab. Im Jahr 1879 wurde die erste Wochenschrift in Tokio gegründet, der bald zwei Tagesblätter folgten. 1872 erschien in Yokohama das erste Journal in großem Formate; sein Gründer war ein Engländer. Zwei Jahre später zählte Japan schon 50 Zeitungen. Im Jahr 1893 gab es nicht weniger als 767 Blätter. Die Zahl der mit der Post expedierten Zeitungen erhöhte in den Jahren 1887 bis 1891 eine Steigerung von 90 Proz.

Litterarische Eingänge.

Adressbuch der Inzerenten. Verzeichnis der in den deutschen Zeitschriften und Zeitungen inserierenden Firmen. Auf gummiertes Papier gedruckt zum Aufkleben auf Briefumschläge und Streifenblätter. Dritte, vollständig neu bearbeitete Auflage. Stuttgart, Verlag von H. D. Spelling (Expedition des Zeitschriften-Adressbuches). Preis 10 Mt.

Horla, der Glanzende. Trauerspiel in fünf Akten von Dohffers. Leipzig, Juchacz & Weber. 50 Pf. Aus Leben und Wissenschaft. Gesammelte Vorträge und Aufsätze von Prof. Dr. A. Dodel. (Verlag von J. H. W. Diez in Stuttgart). In 22 Lieferungen à 20 Pf. Heft 17 bis 19.

Gleichheit. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. Stuttgart, J. H. W. Diez Verlag, VI, 23. Erscheint alle 14 Tage. Postpreis vierteljährlich ohne Briefgeld 55 Pf.

Die Neue Zeit. Revue des geistigen und öffentlichen Lebens. XV. Jahrgang. Stuttgart, J. H. W. Diez Verlag. Quartalser 2,50 Mt. Heft 7.

Moderne Kunst. Z. Zeitschrift mit Kunstbeilagen. XI. Jahrgang, Heft 4. Erscheint alle 14 Tage in Heften à 60 Pf. Rich. Bong in Berlin, Wien und Leipzig.

Für Alle Welt. Illust. Familien-Zeitschrift. 1897, Heft 9. Jahrg. 28 Hefte à 40 Pf. Deutsches Verlagshaus Bong & Co. in Berlin, Wien und Leipzig.

Jugend. Münchner illust. Wochenschrift für Kunst und Leben. G. Hirths Verlag in München und Leipzig. I. Jahrgang, No. 45. 3 Mt. pro Quartal.

Öffentliches Leben, Sozialreform, Volkswirtschaft.

Ein sozialpolitisches Experiment nennt die B. V. B. den von der Volkspartei resp. Herrn Sonnemann aufgestellten Plan einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit und befristet deneben im großen und ganzen als einen Versuch, der Sache näher zu treten. Der Plan ist in Kürze folgender: Gemeinden von 10000 Einwohnern und darüber (feinere oder mehrere zusammen nur mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde) können derartige Organisationen errichten. Die Versicherten werden in zwei Klassen eingeteilt (in Arbeiter der sogenannten Saisongewerbe und in alle übrigen) und jede Klasse in drei Eufen je nach dem Wochenlohn (15 Mt., 15 bis 24 Mt. und über 24 Mt.). Die erforderlichen Mittel fließen den Versicherungsanstalten zu durch obligatorische Beiträge der Unternehmer und Arbeiter und Subventionen der Einzelstaaten, während die Kommune die Verwaltungskosten übernimmt und event. Zuschüsse leistet. Arbeiter mit einem Jahreslohn, der 2000 Mt. übersteigt, sowie alle bereits freiwillig Versicherten, deren Kasse mindestens das nämliche leistet wie die kommunale, sind vom Versicherungszwange befreit. Auch auf wählbare Personen kann je nach dem Statut der Anstalt sich der fakultative oder obligatorische Beitritt erstrecken. Die Prämie, welche die Versicherten zu entrichten haben, soll im Höchstbetrage für die Arbeiter in Saisongewerben sich auf 25, 35 und 50 Pf. pro Woche belaufen, abgestuft, je nach den oben erwähnten Lohnsätzen. Für die anderen Versicherten werden Prämien von 15, 25 und 35 Pf. vorgeschlagen. Für die Unternehmer beziffern sich die zu leistenden Beiträge auf 15 bzw. 10 Pf. in den beiden Klassen. Beim Austritt aus dem Arbeitsverhältnis und eintretender Arbeitslosigkeit ruhen alle Beiträge. Für Arbeiter, welche weniger als eine Woche beschäftigt sind, ist keinerlei Prämie zu entrichten. Die Beiträge der Arbeiter werden bei den Unternehmern erhoben und vom Lohn abgezogen. Die Zuschüsse der Gemeinden sollen nicht 4½ bzw. 3 Mt.

pro Jahr auf den Kopf des Versicherten in beiden Kategorien übersteigen, die der Einzelstaaten nicht mehr als 1/2, der Zuschüsse der Gemeinden betragen. Jeder Versicherte hat im Falle der Zahlung von mindestens 26 Wochen beträglichen Anspruch auf Unterstützung im Falle von eintretender Arbeitslosigkeit. Freiwilliger Austritt bezw. durch Lohnstreitigkeiten veranlaßt zieht Verlust der Unterstützung nach sich, ebenso Arbeitslosigkeit infolge von Krankheit, Ur-fällen oder Ablehnung von Arbeitsstellen ohne zwingende Gründe. Die Höhe der Unterstützungen soll sich auf 1 bis 2 1/2 Ml. täglich, je nach dem Statut der Anstalt, belaufen. Verheiratete Arbeiter sollen höhere Unterstützungen empfangen. Die Unterstützung wird auch für Sonn- und Feiertage gezahlt und erstreckt nach Ablauf von höchstens 75 Tagen in demselben Jahr. Im Fall einem Versicherten auswärts Arbeit zugewiesen wird, erhält er Reiseunterstützung. Die Verwaltung der Anstalt setzt sich zusammen aus einem Ausschusse von sechs bis zwölf Personen, die je zur Hälfte aus Unternehmern und versicherungspflichtigen Arbeitern bestehen, welche von den Besitzern des Gemeindefonds auf drei Jahre gewählt werden. Den Vorsitzenden ernennen die städtischen Behörden auf sechs Jahre und dieser führt die Geschäfte unter Kontrolle des Ausschusses und unter Vorbehalt der Prüfung und Genehmigung des Finanzbedarfes seitens der Gemeindebehörden. Mit jeder Anstalt ist wenigstens ein städtischer Arbeitsnachweis auf gleicher Grundlage zu errichten. — So anerkennenswert es ist, wenn diese überaus wichtige Frage immer mehr auf die Tagesordnung kommt, so möchten wir doch daran zweifeln, daß der vorliegende Plan irgendwelche Aussicht auf Verwirklichung hat. Es erübrigt daher auch ein weiteres Eingehen auf die einzelnen Bestimmungen. Unsere heutigen staatlichen und kommunalen Gemeinwesen sind gar nicht in der Lage, derartige Organisationen einzurichten. Da gehört eine vollständige Neugestaltung derselben dazu.

Bei der land- und forstwirtschaftlichen Berufsvereinschaft wurden im Jahr 1895 3963 Unfälle gemeldet gegen 3490 im Vorjahre. Zu entschädigten waren im Jahr 1895 4572 Unfälle mit 405504 Ml., im ganzen seit Bestehen der Genossenschaft (1889) 1580780 Ml. Die Verwaltungskosten betragen im Vorjahr 108968 Mark = 18 Pf. für jede versicherte Person.

Der Gemeinderat zu Schwabmühl in Sachsen beschloß die Erhebung einer Umsatzsteuer von 2 Proz. von dem dortigen Konsumverbrauche. Das Bestreben, die Windermittelten zu Gunsten einer handvoll Krämmer in außerordentlicher Weise zu belasten, macht Fortschritte. Und die Befürworter dieser Ungerechtigkeiten sind dieselben Leute, welche f. B. den Arbeitern nicht genug die Beteiligung an Genossenschaften empfehlen konnten.

In Stuttgart wurde die Errichtung eines Arbeitersekretariats beschloßen. Zur Kostendeckung haben zugesichert der Landesvorstand der Sozialdemokraten Württembergs und die Vereinigten Gewerkschaften je 500 Ml., der Sozialdemokratische Verein Stuttgart 250 Ml., weitere 250 Ml. sollen durch freiwillige Beiträge aufgebracht und der Restbetrag aus Mitteln der Schwäbischen Tageswacht gedeckt werden. Der Verleger der letzteren stellt die erforderlichen Räumlichkeiten einschließlich der Heizung und Beleuchtung für das erste Jahr unentgeltlich zur Verfügung.

Bei der zweiten Beratung der Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz und zur Strafprozeßordnung nahm der Reichstag über den Gerichtsstand der Presse folgenden Paragraphen (7) an: „Bislang der Inhalt einer im Inlande erschienenen periodischen Druckschrift den Haftbestand einer strafbaren Handlung, so ist, soweit die Verantwortlichkeit des Verfassers, Herausgebers, Redakteurs, Verlegers oder Druckers in Frage steht, der Gerichtsstand der bezugenen That nur bei demjenigen Gerichte begründet, in dessen Bezirk die Druckschrift erschienen ist. Die Fälle der Befolgung im Wege der Privatklage, sowie diejenige, in welchen die strafbare Handlung in der selbständigen Verbreitung der Druckschrift besteht, werden durch diese Vorschrift nicht berührt.“ Der Regierungsvertreter sprach sich gegen diese Bestimmung aus, er vermöge die Notwendigkeit zu einer solchen besonderen Bestimmung zu gunsten der Presse nicht anzuerkennen. Ferner wird als § 8a eingeschlagen: „Der Gerichtsstand ist auch bei demjenigen Gerichte begründet, in dessen Bezirke der Beschuldigte ergriffen worden ist.“ Hierzu wurde beantragt: „Diese Bestimmung findet keine Anwendung auf durch die Presse im Inlande bezugene strafbare Handlungen.“ — Dieser Zusatz aber abgelehnt.

Die merkwürdige Einrichtung, daß vor Gericht auch ein Zeuge befragt wird, ob, warum und wie er schon befragt worden sei, hat das preussische Kammergericht darin eingeschränkt, daß der Richter bei der Befragung mit Vorbehalt zu Werke zu gehen habe, da die Gefahr nahe läge, daß aus der öffentlichen Gerichtsverhandlung Einzelheiten verbreitet würden, die das Ansehen des Zeugen und sein Fortkommen in der bürgerlichen Gesellschaft und die öffentliche Welt in hohem Grade zu schädigen geeignet seien. Unseres Erachtens haben diese sogenannten „Vorfragen“ überhaupt keine Berechtigung, da sie — sofern es sich nicht etwa um Meineid oder Falschheid handelt — mit der Neugierigkeit in keinerlei Zusammenhang stehen.

Ein Unternehmer in Aachen führt auf ein Kontingent der Versicherungsanstalt hin das Fehlen von Marken in seinen Einberufungen auf einen Irrtum des Alters- und Invaliditäts-Versicherungs-Marken-Einträge-Behringens zurück. Wird der junge Mann stolz auf diesen Titel sein!

Berlin, Kassen usw.

In Mainz tagte eine Konferenz der Gewerkschaftskartelle aus Städten des Rheingaus. Es wurde eine Resolution angenommen, welche den Gewerkschaftskartellen, als notwendige Glieder der allgemeinen Arbeiterbewegung, die Aufgabe zuerkennt, die gewerkschaftliche Bewegung am Orte für die verschiedenen Branchen möglichst kräftig und einheitlich zu gestalten, sowie die gewerbliche Verhältnisse betreffenden Gesetzgebungsfragen, wie es auch die Unternehmer-Bereitungen thun, eingehend vorzubereiten. Daran schließt sich die Aufforderung zur Gründung von Kartellen in allen Orten, wo dies angängig, unter Ausnutzung aller von den Vereinsgesetzen in den einzelnen Staaten gebotenen Möglichkeiten. Im übrigen wendete sich die Konferenz gegen den mit den Sammelstellen dieses getriebenen Unfug und beschloß die Herausgabe einer Flugdrift in Sachen des geplanten Zwangs-Innungsgesetzes.

Verständene Vereine in Berlin sicherten sich für den Totensonntag und ersten Weihnachtstages die entsprechenden Lokale zur Abhaltung von Festlichkeiten und hielten, um ganz sicher zu gehen, schon vorher die polizeiliche Genehmigung ein. Die neue Polizeiverordnung vom 1. November machte ihnen einen Strich durch die Rechnung, die Genehmigung wurde jetzt zurückgezogen, was für die Vereine gleichbedeutend mit einem Verzicht auf die Festlichkeiten ist, da passende Lokale für die nächsten Sonnabende nicht zu haben sind, weil dieselben von anderen Gesellschaften in Anspruch genommen.

Arbeiterbewegung.

Eine Landeskonferenz der Zimmerer Sachsens beschloß, für die effektiv neunstündige Arbeitszeit da, wo sie noch nicht eingeführt, energisch einzutreten und gegen die Sonntagsarbeit Front zu machen.

Der Streik der Bauschuhmacher in Berlin kostete 4500 Ml. und brachte den Streikenden 10 bis 15 Proz. Lohrerhöhung. Die weitere Forderung auf Beschaffung von Betriebswerkstätten (von den 480 Bauschuhmachern sind über zwei Drittel Feinarbeiter) wurde nicht bewilligt und hat auch vorläufig keine Aussicht auf Erfolg.

In Hamburg sind noch immer 300 Steinseher zu unterstützen. Trotz wiederholter Herabsetzung der Unterstützung kann der Verband, der in diesem Jahre bereits einen hartnäckigen und kostspieligen Kampf mit den Unternehmern zu führen hatte, während der jähige Streik seit 18. September im Gange ist, den Anforderungen kaum mehr entsprechen. Er rechnet daher auf die Unterstützung der deutschen Arbeiter.

In der Kartonfabrik Jacobsohn in Berlin ergab die männliche Personal nach einstündigem Ausstande neunstündige Arbeitszeit, 33 1/2 bezw. 50 Proz. für Ueberstunden und zehnprozentige Erhöhung der Ueberlohnung. Den weiblichen Arbeitern wurde ebenfalls eine Lohn-erhöhung zugestimmt. Der Streik in Weiskensfeld in der Schuhwarenfabrik Schied endete zu gunsten der Arbeiter, die Forderungen wurden bewilligt. Ein Streik in der Eisenmöbelfabrik und Metallgießerei Kitzschel in Wien, an dem 56 Arbeiter beteiligt waren, wurde durch Vermittelung des Gewerbespektors und des Vertrauensmannes der Metallarbeiterorganisation beigelegt, die beabsichtigte Lohnkürzung zurückgenommen.

In Eisenberg in Altenburg streiken die Eisenerbeiter, 10 Stunden Arbeitszeit und 25 Proz. Zuschlag für Ueberstunden fordern, in Friedrichsfeld bei Mannheim in der Leinwandfabrik die Arbeiter wegen Währungsregelung des Vorstehenden des Fabrikverbandes, in München 20 Karolauer und 10 Bergburgen der Firma Ademann & Mauerer um Lohn-erhöhung der letzteren, in Stenbal 30 Tabakarbeiter der Fabrik Bod wegen Lohn-differenzen. — In Rotterdam streiken die Fellenhauer der Firma Kerkhoven & Vont um Erhaltung des Koalitionsrechtes. Aus Nimes in Südfrankreich wird der Ausstand der Maschinenisten und Heizer einer Kohlengrube gemeldet, sie wurden vorläufig durch Soldaten ersetzt. Auf einer andern Grube befanden sich 850 Bergleute im Ausstand. — In Kostroma bei Moskau streiken 350 Weber wegen Lohnkürzung.

Aus Dänemark wird berichtet, daß die Schlichter in Assens im Verhandlungswege 15 Kr. Mindestlohn, 30 Dexe für Ueberstunden und 1 1/2 Stunden Mittags-pause erzielten; effektive Arbeitszeit 10 Stunden. Die Ziegelarbeiter vom Solih-Ziegelwerke legten wegen Lohnkürzung die Arbeit nieder. Die Schmelzmeister in Fredericia bewilligten die Abschaffung der Heimarbeit für männliche Arbeiter und sicherten den weiblichen Bezahlung nach dem vereinbarten Tarife zu.

In England scheint sich ein Generalfreist der Hafenarbeiter vorzubereiten. Auf dem Albert-Docks verlangten die nichtorganisierten Kornverarbeiter eine Lohn-erhöhung und stellten, als diese nicht gewährt wurde, bis auf den letzten Mann die Arbeit ein. Selbstverständlich wiesen auch die Unions-Mitglieder das Angebot, hieselbst einzuspringen, mit Entrüstung zurück. Dasselbe thaten die von der Schiffsherrn-Association gestellten Arbeiter.

Geforbren.

In Berlin der Seher Wilhelm Masche, 33 Jahre alt — Lungenschwindsucht.

In Burg b. W. am 11. November der Seher Willi Plate von da, 18 Jahre alt — akute Milcharterkulose der Lunge.

In Nürnberg am 6. November der vormalige Buchdruckerbesitzer Joh. Lorenz Eich, 79 Jahre alt.

In Oldenburg am 12. November der Seher Arvid Arnold, 35 Jahre alt — Lungenschwindsucht. A. war seit Februar 1895 Invalid.

Briefkasten.

B. in Frankfurt a. M.: Sie verlangen wortgetreuen Abdruck ihrer Richtigstellung. Wir können dieselbe aber nur dann aufnehmen, wenn Sie sich dazu verstehen, daß die persönlich beschimpften Stellen gestrichen werden. Wollen Sie es hiervon Mitteilung machen. — S. in Glosau: Hat sich wohl bereits erledigt? — J. in Altona: Wir haben noch Artikel vom September daliegen, Ihr Artikel ist am 24. Oktober eingegangen. Aufgenommen wird er selbstverständlich, andernfalls wird sie benachrichtigt. Ihre Befürchtungen und Schlussfolgerungen sind thatsächlich unzutreffend, wenigstens wir sie verstehen können. — R. in Gumbinnen: 1,75 Ml. — Trimmitschau: 90 Pf. für Inserat 417 in Nr. 129 erhalten.

Verbandsnachrichten.

Gragebirge-Vogland. Vom ehemaligen Mitglied Paul Jrmischer in Jwidau gehen uns trotz Retour-nierung und wiederholter Ablehnung Gelder zu. Wir machen hiermit ausdrücklich bekannt, daß wir diese Gelder als Beiträge weder anerkennen noch anerkennen haben; dieselben stehen dem Einsender jeberzeit zur Verfügung. Der Gauvorstand.

Bezirk Dortmund. Wir machen die Mitglieder darauf aufmerksam, daß es von jetzt ab nur noch gestattet ist, im Bezirke zu den Bedingungen des neuen Tarifs Konditionen anzunehmen. Für die Stadt Dortmund beträgt das Minimum 23,10 Mark. Zuwiderhandelnde haben die Folgen ihres Handelns selbst zu tragen. — Die Drucker Holz in Unna ist für Verbandsmittglieder geschlossen. Jede Unkosten erstreckt Franz Seligmann, Dortmund, Steinstraße 10.

Greiz i. B. Vor Zugang nach hier wird strengstens gewarnt, da in der Buchdrucker Köster & Co. Differenzen ausgebrochen sind. Die Vertrauensleute der unliegenden Druckorte werden gebeten, die reisenden Kollegen hierauf aufmerksam zu machen.

Mainz. Untergeladener bittet die verehrlichen Verbandsfunktionäre um Nachricht über den Maschinenmeister Heinrich Lippe aus Duisburg. Der Betreffende hat in Mainz fünf Tage konditioniert, ohne sich anzumelden und sein Buch abzuliefern, derselbe ist auch von Essen (Ruhr) ausgeschriebenen gewesen. — Ant. Phil. Sina, Wuhoffstraße 10.

München. Der Maschinenmeister Friedr. Gantner aus Leipzig (Hpt. Nr. 31453) wird hiermit aufgefordert, die der hiesigen Bibliothek entnommenen zwei Bücher Nr. 393 und 476 umgehend an L. Boeltich, Waltersstraße 8/0, einzusenden. Die Herren Verbandsfunktionäre sind gebeten, Genannten auf diese Notiz aufmerksam zu machen.

Wiederholt wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Buchdrucker von O. B. & A. P. für die Verbandsmitglieder geschlossen sind. Bei Konditionsangeboten von hier wolle man sich vorher an Kollegen Z. F. Schramm, Alleenstraße 39, III, wenden.

Nordhausen. Die Adresse des jetzigen Vorsitzenden ist: Fritz Bentler, Petri-Kirchplatz 16. — Den Mitgliedern zur Nachricht, daß sie sich bei Konditionsangeboten von hier unter allen Umständen tarifmäßiger Bezahlung verpflichten, widrigenfalls Ausschluss erfolgt.

Wiesl. Die Wohnung des Vorsitzenden befindet sich von jetzt ab: Fischerstraße 49.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelagte Adresse zu senden):

In Aachen der Seher Joh. Bremer, geb. in Aachen 1874, ausgel. das. 1893; war noch nicht Mitglied. — Joh. Wilms, Schmelzstraße 3.

In Darmstadt 1. der Schweizerbege Georg Böhm, geb. in Groß Zimmern 1874, ausgel. in Heimbach 1891; 2. der Seher Wilhelm Schant, geb. in Heimbach (Bad.) 1871, ausgel. in Weibstadt 1890; waren schon Mitglieder. — P. Hildebrandt, Weibstadtstraße 42.

In Dortmund der Seher Heinrich Grünert, geb. in Göttingen 1876, ausgel. das. 1894; war schon Mitglied. — Franz Seligmann, Steinstraße 10.

In Frankfurt a. M. die Seher 1. Karl Jenner, geb. in Diegitz 1877, ausgel. in Homburg v. d. S. 1894; 2. Jean Behm, geb. in Frankfurt a. M. 1877, ausgel. das. 1895; waren noch nicht Mitglieder; 3. Franz Ringner, geb. in Neu-Fienburg 1866, ausgel. in Frankfurt a. M. 1884; 4. der Seher Leopold Werhardt, geb. in Welschneureuth b. Karlsruhe 1868, ausgel. in Karlsruhe 1887; waren schon Mitglieder. — A. Dorfsch, Bürgerstraße 12.

In Jmenau der Seher Paul Kreidel, geb. in Jmenau 1873, ausgel. das. 1892; war schon Mitglied. Ernst Bohn in Erfurt, Abteibierstraße 35, III.

In Ludenwalde die Seher 1. Emil Schwets, geb. in Ludenwalde 1876, ausgel. das. 1894; 2. Max Wetland, geb. in Ludenwalde 1878, ausgel. das. 1896; 3. Georg Ottow, geb. in Ludenwalde 1878, ausgel. das. 1896; 4. der Drucker Richard Troitsch, geb. in Berlin

1878, ausgel. in Halle 1896; waren noch nicht Mitglieder. — B. Heise in Brandenburg, Potsdamerstraße 24a.

In Mainz die Seher 1. Gustav Marlinghaus, geb. in Wetter 1877, ausgel. in Gagen 1895; 2. Max Müller, geb. in Buchholz (Sachler) 1875 ausgel. das.

1893; waren noch nicht Mitglieder. — Ant. Phil. Sing, Bauhofstraße 10.

In Schwelm der Seher Heinr. Schneemann, geb. in Wingerode 1876, ausgel. in Neustadt a. Rbge. 1894; war noch nicht Mitglied. — Otto Lange in Barmen, Limbacherstraße 61.

In Wandersbeck die Seher 1. Friedr. Lipperz, geb. in Beependorf (Altmark) 1877, ausgel. in Salzwedel 1896; war noch nicht Mitglied; 2. Paul Otto Bomsdorf, arb. in Gemnitz 1861, ausgel. das. 1880; war schon Mitglied. — J. Eyr. Heilmann in Flensburg, Mücksburgerstraße 52A.

Verband der Deutschen Buchdrucker.

Bilanz am 30. September 1896.

Einnahmen.

Ausgaben.

	Mk.		Mk.
An Saldo-Vortrag vom 30. Juni 1896	1033232,03	Per Unterstüzungen usw.	211947,09
„ Voranschüß bei den Gauen für 2. Quartal 1896	38262,48	„ Voranschüß bei den Gauen für 3. Quartal 1896	59442,22
„ Eintrittsgeld, Beiträgen usw.	293572,59	„ Saldo-Vortrag für 1. Oktober 1896	1093677,79
	Ca. 1365067,10		Ca. 1365067,10

Das Saldo von 1093677,79 Mark setzt sich zusammen aus: 16177,79 Mark in Bar und 1077500 Mark in Wertpapieren, deren Verkaufswert 1081634,10 Mark beträgt.
Berlin, den 5. November 1896.

Vorsitzenden Abschluß habe ich geprüft und in allen seinen Teilen richtig befunden
Berlin, 7. November 1896.
F. Henninger, gerichtlicher Bücherrevisor.

Vorsitzender Abschluß ist revidiert, in gehöriger Ordnung befunden und der Tagesstättenbestand festgestellt worden.
Die Revisions-Kommission:
L. F. Giesede, Fr. Ludwig, Fr. Stredert.

Quittung über im 2. Quartal 1896 in den Gauen eingegangene und verausgabte Gelder.

Gau	Einnahmen					Ausgaben									
	Eintrittsgeld	Ordentliche Beiträge	Ordnungsstrafen	Vor- resp. Zuschuß pro 2. Qu. 1896	Zusammen	Unterstütz. an Reisende	Unterstütz. an Arbeitslose	Unterstütz. nach § 2 u. Umzugslofen	Unterstütz. an Kranke	Unterstütz. an Invaliden	Be-gräbnis-geld	Ver-waltung usw.	Büchereib. Vor-schüß pro 3. Qu. 1896	An die Hauptberuf. eingekandt	
Bayern	89,00	24818,95	47,30	—	24955,25	3803,60	1707,00	979,00	7180,20	578,00	700,00	499,10	—	5503,35	
Berlin	122,00	50142,70	77,60	—	50342,30	1208,20	7243,00	3045,00	21038,20	1366,00	1000,00	1027,35	—	14114,55	
Dresden	43,00	13347,40	5,00	—	13395,40	1416,75	1533,00	1450,00	4839,00	382,00	200,00	573,30	—	3001,30	
Erzgebirge-Vogtland	41,00	5618,80	—	200,00	5859,80	1095,35	740,00	886,00	1016,80	—	—	158,20	1963,45	—	
Frankfurt-Hessen	55,00	8284,80	3,00	1000,00	9346,80	1274,15	495,00	20,00	1635,20	182,00	100,00	166,94	2000,00	3473,51	
Hamburg-Altona	28,00	12805,20	—	—	12833,20	618,55	787,00	456,00	5227,20	1190,00	600,00	259,70	—	3694,75	
Hannover	21,00	13902,20	10,00	1000,00	14933,20	1883,60	936,00	100,00	3073,65	666,00	219,90	282,00	4000,00	3772,05	
Mecklenburg-Vöbed	6,00	3291,30	—	—	3297,30	748,10	177,00	44,00	1071,03	147,00	—	78,75	1031,42	—	
Mittelrhein	56,00	12529,00	22,80	3634,50	16242,30	1321,65	537,00	262,60	3235,85	314,00	200,00	269,85	6000,00	4101,35	
Nordwest	7,00	5748,00	—	3500,00	9255,00	562,35	518,00	951,00	1589,80	210,00	200,00	115,10	5000,00	109,75	
Oberrhein	33,00	5711,15	—	1600,00	6744,15	1619,85	262,00	60,00	999,60	182,00	—	128,03	3400,00	92,67	
Oder	36,00	6971,80	—	2000,00	8707,80	1584,50	455,00	452,00	1127,13	—	100,00	134,15	2000,00	2855,02	
Osterrand-Thüringen	51,00	10335,45	14,80	2000,00	12401,25	2341,60	1679,00	134,00	2709,35	419,00	350,00	221,07	4500,00	47,23	
Ostpreußen	10,00	4233,80	—	400,00	4643,80	182,80	245,00	50,00	991,20	273,00	—	187,90	400,00	2313,90	
Posen	5,00	1844,70	4,20	1675,35	3529,25	383,35	338,00	—	474,60	—	50,00	37,08	1716,37	529,85	
Rheinland-Westfalen	85,00	19108,90	12,00	12200,00	31405,90	2947,20	1067,00	2162,00	4272,60	—	400,00	495,37	12200,00	7861,73	
An der Saale	84,00	10627,10	—	—	10711,10	1028,75	1217,00	478,00	2644,00	154,00	100,00	315,12	—	4772,23	
Schlesien	49,00	11782,20	3,00	3000,00	14834,20	2099,40	1880,00	667,00	4380,40	457,00	200,00	362,85	4787,55	—	
Schleswig-Holstein	19,00	5239,30	—	2500,00	7758,30	619,95	122,00	172,00	1297,93	245,00	100,00	105,17	2500,00	2596,25	
Westpreußen	6,00	1738,00	—	500,00	2244,00	136,60	85,00	—	523,60	91,00	—	35,40	800,00	572,40	
Württemberg	32,00	17174,95	8,00	2652,63	19867,58	1193,50	515,00	191,00	4754,40	959,00	241,25	367,00	4643,43	7000,00	
Mitglieder in Leipzig	41,00	24086,45	15,00	—	24142,45	1239,25	5496,00	2837,00	10992,80	1431,00	300,00	551,95	—	1314,45	

Anmerkung. Die Nachzahlungen und Rückzahlungen sind den ordentlichen Beiträgen, die Ausgaben für Rechtschüß, Agitations- und Reisekosten sowie sonstige Ausgaben den Verwaltungskosten hinzugerechnet. — Eingang der ersten Abrechnung: 31. Juli (Gau Württemberg), der letzten: 28. Oktober (Obergau). — Gesamtzahl der kauernden Mitglieder: 21866.

Bewegungsstatistik des Verbandes der Deutschen Buchdrucker vom 2. Quartal 1896.

Gau	Eingang der Abrechnung	Mitglieder-stand Ende d. 1. Qu. 1896	Neu eingetretene	Wieder eingetretene	Ausgetretene	Som. Militär	Wegereist	Zum Militär	Ausgetretene	Ausgeschl.	Immerhin Geblieben	Mitglieder-stand Ende d. 2. Qu. 1896	Konditionslos am Orte		Vorübergeh. erwerbsunf.		
													Mitgl.	Tage	Mgl.	Tage	
Bayern	16./8.	1858	68	17	107	—	140	3	13	15	—	8	1871	191	3805	224	5430
Berlin	26./9.	3995	143	33	95	—	137	2	12	31	3	8	4073	814	24717	551	16702
Dresden	21./9.	1018	61	10	47	15	93	16	8	9	2	2	1021	142	3808	113	3449
Erzgebirge-Vogtland	24./8.	398	64	20	31	—	81	—	2	8	—	—	422	54	1589	32	722
Frankfurt-Hessen	16./9.	591	56	11	33	—	61	—	2	13	—	1	614	59	1309	54	1231
Hamburg-Altona	19./8.	961	53	13	62	8	53	9	5	4	3	6	1017	134	2403	101	3885
Hannover	3./9.	1146	55	8	53	1	75	1	2	10	2	4	1169	86	2434	106	2221
Mecklenburg-Vöbed	15./8.	241	14	1	24	1	34	—	3	1	—	—	243	19	383	22	863
Mittelrhein	14./9.	908	49	9	97	3	107	3	3	13	1	2	937	50	1314	78	2303
Nordwest	18./9.	429	23	1	32	—	62	—	5	5	1	1	411	53	1187	37	1097
Oberrhein	20./8.	416	33	11	49	8	56	7	4	7	—	—	443	19	402	37	761
Oder	28./10.	497	64	3	71	3	106	3	8	6	—	—	514	29	1273	46	826
Osterrand-Thüringen	17./9.	773	79	10	64	4	128	4	9	5	1	4	779	97	2648	87	1881
Ostpreußen	8./9.	312	15	1	10	1	18	—	1	2	—	—	318	40	1127	43	715
Posen	22./8.	135	4	2	14	—	9	—	1	5	—	—	139	15	421	19	352
Rheinland-Westfalen	21./9.	1465	59	22	136	9	221	9	10	64	—	4	1383	146	3358	147	3065
An der Saale	24./10.	808	113	22	60	—	155	—	3	13	2	1	829	96	2370	94	1886
Schlesien	7./9.	898	70	6	68	—	125	—	—	19	1	2	893	139	4092	105	3190
Schleswig-Holstein	5./10.	383	35	4	66	—	99	—	5	1	2	—	380	33	540	41	925
Westpreußen	17./10.	133	6	9	13	—	10	—	—	4	—	—	138	2	85	17	374
Württemberg	31./7.	1280	46	—	60	1	45	—	3	12	1	2	1333	76	1512	157	3602
Mitglieder in Leipzig	1./8.	1872	124	15	45	19	107	21	15	9	3	2	1918	323	11648	270	8589

zum Militär 2, zu einem andern Beruf 1, ausgeschloffen 1, arbeitslos verblieben am Schlusse des Monats 460, zusammen 898 Mitglieder. — An Tagesgeldern wurden verausgabt: 14382 Mk. für ebensoviele Tage. (Gegen denselben Monat des Vorjahres mehr: 223 Mitglieder und 2640 Mk.)

Insgesamt wurden im Monat September auf der Reise und am Ort an 2099 bezugsberechtigte Mitglieder 35333,58 Mk. Unterstützung bezahlt. (Gegen denselben Monat des Vorjahres mehr: 420 Mitglieder und 6833,48 Mk.)

Die Herren Kassaführer werden gebeten, dem Seher Eduard Rosjyt aus Str. Stargard (267 Ober, Hauptbuch-Nummer 4483) den Betrag von 2,25 Mark, welche er beim Auszahlen der Reiseunterstützung irrthümlich zuviel erhielt, abzugeben und portofrei an Herrn F. Bornemann, Göttingen, Obere Karipüle 25, zu senden.

Weg. Die Buchdruckerei von Tschadert ist für Verbandsmitglieder geschlossen.

Tarif-Ausschuß für Deutschlands Buchdrucker. Bekanntmachung.

Zarifpreis VIII (Berlin-Brandenburg). Die Wahlen zum Schiedsgericht ergaben folgendes Resultat:
Als Prinzipalsmitglieder wurden gewählt die Herren: Bruno Grunert, Arthur Schölem, Richard Schumacher; als deren Stellvertreter die Herren: Paul Kshelm, C. Behrens, Gustav Horn.

Als Gehilfenmitglieder wurden gewählt die Herren: Franz Treder, Ernst Lübbe, Friedrich Wolf, als deren Stellvertreter: Wilh. Kirßen, Paul Dertel, Gustav Riesenstahl.

Bei der konstituierenden Sitzung wurde zum Vorsitzenden gewählt prinzipalsseitig: Herr Arthur Schölem, Berlin C, Köpstr. 3; gehilfenseitig: Herr Franz Treder, Buchdruckerei Bernstein, Berlin SW, Zimmerstraße 94.

Beschwerden oder Streitfälle in Sachen des Tarifß seitens der einen oder andern Partei sind an den betreffenden Vorsitzenden beidseitig C. ledigung zu richten.
Georg W. Bügenstein, Prinzipalsvertreter.
L. F. Giesede, Gehilfenvertreter.

Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung.

Saunterverwaltung. Bericht vom Monat September. a) Auf der Reise: Uebernommen vom vorhergehenden Monat 630 Mitglieder, aus Kondition kamen 265, aus dem Auslande 242 (darunter 75 Mitglieder gegenseitiger Vereine), aus konditionslosem Aufenthalt 39, frank waren 23, vom Militär kamen 2, zusammen 1201 Mitglieder (1075 S., 115 D., 11 G.), darunter 164 Mitglieder gegenseitiger Vereine; hiervon traten wieder in Kondition 222 Mitglieder, gingen ins Ausland 140 (darunter 70 Mitglieder gegenseitiger Vereine), konditionslos hielten sich am Schlusse des Monats auf 52, frank

wurde 1, zum Militär gingen 4, der Nachweis hörte auf bei 45, auf der Reise verblieben 737, zusammen 1201 Mitglieder. — An Tagesgeldern wurden verausgabt: 13200 Mk. à 1 Mk. 7362 Mk. à 75 Pf., an Porto und Remuneration 389,58 Mk., in Summa 20951,58 Mk. (Gegen denselben Monat des Vorjahres mehr: 197 Mitglieder und 4193,48 Mk.)
b) Am Ort: Uebernommen vom vorhergehenden Monat 503 Mitglieder, neu hinzugekommen 395, zusammen 898 Mitglieder (819 S., 70 D. und 9 G.); hiervon traten wieder in Kondition 369 Mitglieder, gingen auf die Reise 40, wurden krank 4, ausgesteuert 21, gingen

* Die Bewegungsstatistik der sich auf der Reise befindlichen (hier nicht inbegriffenen) Mitglieder siehe Corr. Nr. 74, 90 und 97.

